

UNSER WAHLPROGRAMM ZUR **EUROPAWAHL**

2024

Europa wählt
Mitgefühl



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
TIERSCHUTZPARTEI

Dies ist eine vorläufige Version. Es wird aktuell noch überarbeitet (Reihenfolge, Rechtschreibung, Layout) und ergänzt. Stand: 14. Februar 2024

Beschlossen wird das Europawahlprogramm auf dem 47. Bundesparteitag in Bad Hersfeld am 25. Februar 2024.

Inhaltsverzeichnis

Europäische Außenpolitik im Einsatz für Frieden, Schutz von Umwelt und Klima, Bürgerrechte und weltweite Gleichbehandlung	5
Europa zur Friedensmacht machen: Eine Pazifismusklausel in den EU-Vertrag aufnehmen!	7
Seenotrettungsprogramm: Das Mittelmeer darf kein Massengrab mehr sein.....	9
Ein Europa der Menschlichkeit: Gemeinsam für eine faire Asyl- und Migrationspolitik	10
Entwicklungspolitik auf Augenhöhe.....	12
Rojava	14
Zum Wohlergehen aller: Ein soziales und nachhaltiges Wirtschaftssystem etablieren	15
EU-Steuern & EU-Budget	18
Souveränität unserer Wirtschaft	20
Arzneimittel-Versorgung und Sicherheit europaweit gewährleisten	22
Innovationsstandort Europa: Eine Vision für die Zukunft.....	24
Konzernverantwortung	25
Sozial- und Gesundheitspolitik.....	27
LGBTQIA+.....	28
Kulturpolitik in Europa – Ein friedliches, solidarisches und freies Europa ist nur über eine europäische Kultur erreichbar!	30
Europäischen Denkmalschutz stärken – Mehr lebendige Denkmäler schaffen!...31	
Menschenrechte.....	32
Demokratie, Antilobbyismus, Bürgerräte	33
Europaweites Zugnetz	38
Magnetschwebbahnen in die europäische Verkehrsplanung integrieren	39
Bildung und Bildungsmanagement	40
Europäische Weltraumforschung - Internationale Teilhabe forcieren	42
Hinweisgeberinnen (Whistleblower) und Pressefreiheit schützen.....	44
Gender-Gap schließen.....	45
KI: Forschung und Reglementierung.....	47
Digitalisierung.....	49
4-Tage-Woche in ganz Europa	50
Recht auf Natur	52
Klimaschutz	53
Klimafolgenanpassung.....	54
Agrarpolitik	56

Erneuerbare Energien	58
Greenwashing	60
Abfallmanagement.....	62
Für ein europaweites Verbot von elektronischen Einweg-Zigaretten.....	65
Flächenverbrauch	66
Rechte der Natur.....	67
Moorschutz.....	68
Meeresschutz	70
Ausweitung Naturschutzgebiete	72
Gentechnik	73
Chemikalien-Grenzwerte	75
Pestizid-Einsatz.....	76
(Trophäen)jagd und Wilderei	78
Fischerei	79
Tiertransporte	80
Spezies-Mainstreaming/Spezies- und Klima-Mainstreaming	82
Tierschutz innerhalb der EU & bei Ländern mit Beitrittsperspektive	82
Beendigung des Tötens in rumänischen Tierheimen und bessere Kontrolle von EU-Steuergeldern.....	84
Tierschutz international.....	85
Tierschutz als 18. SDG	86
Tierversuche	87
Artenschutz/Biodiversität.....	88
Invasive Tiere – Schonende Populationskontrolle statt Jagd!.....	90
Massentierhaltung	91
Tierrechte auf europäischer Ebene	93
Tierqual aus Tradition: Stierkampf, Gänsestopfleber und Co.....	95
Tiere in der Unterhaltungsindustrie	96
Für ein pelzfreies Europa!.....	97

Europäische Außenpolitik im Einsatz für Frieden, Schutz von Umwelt und Klima, Bürgerrechte und weltweite Gleichbehandlung

Europäische Außenpolitik hat es im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit einer sich verändernden Weltlage zu tun. Wir leben nicht mehr in der polar geprägten Weltordnung von einst. Mehrere Global Player – und die EU gehört angesichts ihrer Wirtschaftskraft dazu – befinden sich heute in Konkurrenz zueinander oder stehen einander gar in offener Gegnerschaft gegenüber. Bündnisse sind oftmals bloß taktischer Art und werden häufig schon nach kurzer Zeit wieder infrage gestellt, internationale Verträge werden vorzeitig gekündigt.

Trotz entgegengesetzter Verlautbarungen spielen die eigenen Interessen in der Außenpolitik fast aller Staaten eine dominierende, die viel zitierten Werte hingegen eine eher untergeordnete Rolle. Dabei benötigt es in einer Zeit, die von Kriegen, Bürgerkriegen und Fluchtbewegungen gekennzeichnet ist, mehr Kräfte, die auf Deeskalation, Kompromissfindung, Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Standards hinwirken.

Leider herrscht in der Europäischen Union nicht immer Einigkeit über den gemeinsamen außenpolitischen Kurs, und gegenwärtig gilt noch immer das Einstimmigkeitsprinzip. Dieses sollte nach Überzeugung der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ dringend durch die Anwendung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen abgelöst werden.

In unserer globalisierten Welt sind neue Themen in den Fokus der Außenpolitik gerückt, etwa Klima- und Umweltschutz, Katastrophenhilfe, weltweite Datensicherheit und der Schutz von Minderheiten. Nur in einer friedlichen Welt können diese Themen die Aufmerksamkeit erhalten, die sie dringend benötigen. Aber nicht nur deshalb sollte Frieden in der Prioritätenliste ganz oben stehen. Brüssel muss seine Bemühungen darauf konzentrieren, die Interessen unterschiedlicher Akteure abzugleichen und auf ein multilaterales System hinzuwirken, in dem militärische Stärke zunehmend bedeutungslos wird. Die oft zitierte “globale Verantwortung”, die Europa zu übernehmen habe, sieht die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ nicht in der direkten oder indirekten Beteiligung an

ausländischen Militäraktionen, sondern in der Einflussnahme auf politische Akteure in Richtung friedlicher, sozial und ökologisch ausbalancierter Problemlösungen. Dies gilt für den Krieg in Nahost, für den Konflikt zwischen der Türkei und den syrischen und irakischen Kurdengebieten (siehe dazu auch das Kapitel zu Rojava), für den wieder aufgeheizten Konflikt im Kosovo. Und es gilt auch für den Krieg in der Ukraine.

Europäische Außenpolitik sollte sich messen lassen an ihren Bemühungen um Frieden, um Erhaltung der Lebensgrundlagen von Mensch und Tier sowie um eine Anhebung des Lebensstandards in Armutsregionen. Sie sollte sich messen lassen an ihrem Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte und weltweite Gleichbehandlung ungeachtet von Geschlecht, Herkunft und weltanschaulicher / religiöser Überzeugung. Dies muss der unabänderliche Hintergrund bleiben, vor dem auch über wirtschaftliche Fragen, über Handelsbeziehungen und Rohstofftransfers gesprochen wird.

Die USA sind noch immer die größte Hegemonialmacht der Welt, wobei ihre Stellung wirtschaftlich, militärisch und kulturell untermauert ist. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA sind eng und vielfältig. Wir wünschen uns die Fortführung guter Beziehungen und einen respektvollen Umgang miteinander auf Augenhöhe.

Allerdings halten wir es für legitim, unter Partnern auch Kritik zu äußern, etwa am Festhalten der USA an der Todesstrafe, an den bekanntgewordenen Folterungen in Militärgefängnissen, an der Nicht-Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofs oder dem Zahlungsstopp an die WHO. Wir müssen auch feststellen, dass die Ziele der europäischen Außenpolitik nicht immer mit denen der USA kongruent sind.

Ungeachtet systemischer Differenzen wollen wir uns auch mit schwierigen Partnern wie China weiterhin für einen strukturierten Dialog einsetzen. Selbst starke Spannungen, wie sie gegenwärtig das Verhältnis zu Russland aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges bestimmen, dürfen nicht zu einem Abreißen diplomatischer Bemühungen führen. Nur eine regelbasierte Weltordnung ermöglicht es, für die globalen Probleme angemessene Lösungen zu finden, und daran ist fortdauernd zu arbeiten.

Europa zur Friedensmacht machen: Eine Pazifismusklausel in den EU-Vertrag aufnehmen!

In vielen Regionen unserer Welt werden Werte wie freie Entfaltung der Persönlichkeit und Schutz von Minderheiten geringgeschätzt. Ein Menschenleben zählt mancherorts wenig – besonders wenn man einer Gruppe angehört, die marginalisiert und diskriminiert wird. Und leider ist für manche Staats- oder Regierungschefin Krieg auch heutzutage noch die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wünscht sich ein Europa, das als Mahner und Vermittler in der Welt auftritt, das nach allen Seiten deeskalierend wirkt und beharrlich auf die Bedrohungen für den Frieden, die Menschenrechte und das ökologische Gleichgewicht hinweist. Aber wir wünschen uns ausdrücklich kein Europa, das mit der Waffe am Gürtel in die Rolle des Weltpolizisten schlüpft.

Als Pazifisten nehmen wir die militaristische Rhetorik, die seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auch in Äußerungen europäischer Politiker und in europäischen Medien hörbar wird, mit großer Besorgnis zur Kenntnis. Europa müsse sich wappnen und rüsten, heißt es. Europa dürfe nicht schon wieder zu spät kommen zum Kampf um die neue Weltordnung. Die EU müsse angesichts des brutalen Machtstrebens Russlands und Chinas fest an der Seite der USA stehen.

Obwohl wir die russische Aggression ohne Wenn und Aber verurteilen – der Dualismus ‚guter Westen – böser Osten‘ ist weit von der geschichtlichen Wahrheit entfernt. Man muss nicht an die koloniale Vergangenheit erinnern, um festzustellen, dass die Staaten Europas historisch viel Schuld auf sich geladen haben. Sogar in jüngster Zeit beteiligten sich europäische Staaten an militärischen Auseinandersetzungen. Obwohl offiziell stets der Schutz von Menschenrechten in den Vordergrund gestellt wurde, ging es immer auch darum, die eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen durchzusetzen. Mitunter stellte das neu zugefügte Leid die vorgefundenen Missstände, die man bekämpfen wollte, sogar deutlich in den Schatten.

Mit Blick auf den gegenwärtigen Krieg müssen wir feststellen, dass Europa im Vorfeld jahrelang eine Ukraine-Politik betrieb, die stark von eigenen Interessen geleitet war, den russischen Standpunkt hingegen weitgehend ignorierte und zudem das Aggressionspotential des russischen Staates deutlich unterschätzte. Auch wurde sträflich versäumt, die beiderseitige Einhaltung der Minsker Abkommens sicherzustellen. Das alles ist selbstverständlich keine Rechtfertigung für den barbarischen russischen Angriffskrieg. Es sind jedoch Fehler, aus denen Europa und seine Politiker lernen sollten.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert eine Sicherheitspolitik, die größtmögliche Kooperation auf politischer Ebene in den Vordergrund stellt, anstatt auf Bedrohungspotentiale zu setzen. Allerdings dürfen solche Kooperationen nicht abermals mit starken ökonomischen Abhängigkeiten einhergehen, wie im Falle der russischen Gasimporte. Und sie dürfen erst recht nicht mit einem Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen verbunden sein.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss beim Krisenmanagement an Bedeutung gewinnen. Diese Organisation umfasst sowohl Staaten der NATO als auch der GUS (hier sind ein Großteil der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion organisiert) sowie einige unabhängige Länder wie z. B. die Schweiz und Österreich. In der Vergangenheit hat die OSZE bewiesen, dass ein großes Potenzial zur Krisenprävention und Krisenvermittlung vorhanden ist. Aber leider wird dieses kaum genutzt. Die leise Stimme der OSZE wird von den martialischen Stimmen Russlands und der NATO allzu oft übertönt.

Zweifelloos garantiert die NATO ihren Mitgliedern ein großes Maß an Sicherheit, das insbesondere den Staaten Osteuropas wichtig ist. Aber die NATO ist auch der verlängerte Arm der Außenpolitik der USA. Als reine Verteidigungsgemeinschaft können wir das Bündnis daher nicht verstehen und glauben auch nicht, dass eine Entwicklung in diese Richtung möglich sein wird. Deshalb sollte die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder stärker unter dem Gesichtspunkt strategischer Autonomie betrieben werden, damit die Union mittelfristig in die Lage

versetzt wird, ihren Mitgliedern eine ähnliche Sicherheit zu garantieren, wie es heute die NATO tut.

Unser Ziel ist allerdings keinesfalls, dass sich die EU militärisch zu einem Global Player entwickelt, der seine Interessen mit Hard Power, also der Androhung oder dem Einsatz von Gewalt, durchsetzt. Die europäische Globalstrategie lehnen wir in dieser Hinsicht ausdrücklich ab und stehen auch der Schaffung einer europäischen Armee skeptisch gegenüber. Vielmehr fordern wir eine Pazifismus-Klausel in den EU-Vertrag aufzunehmen, die die Union auf friedliche Konfliktlösung verpflichtet und ihre militärischen Aktivitäten strikt auf Verteidigung und auf Mitwirkung bei friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen beschränkt.

Seenotrettungsprogramm: Das Mittelmeer darf kein Massengrab mehr sein

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Auch auf dem Mittelmeer als eine der tödlichsten Fluchtrouten, auf der, seit den Aufzeichnungen ab 2014, bereits über 27.800 Menschen ihr Leben verloren. In der Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit flüchten jährlich über Hunderttausende. Mit der steigenden Anzahl der humanitären Klimakatastrophen wird immer mehr Lebensraum unbewohnbar. Langfristig wird allein aus diesem Grund die Anzahl der flüchtenden Menschen steigen. Die Europäische Union muss ein Seenotrettungsprogramm einleiten und alle Hilfsorganisationen und Küstenwachen einbinden. Denn jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Die fehlende Koordination von Seenotrettungen ist der Hauptgrund für das Massengrab im Mittelmeer. Seenotfälle auf Fluchtrouten werden derzeit fast ausschließlich über die Notrufnummer "Alarm Phone" der Forschungsgesellschaft Flucht & Migration aus Berlin oder zivilen Aufklärungsflugzeugen und zivilen Rettungsschiffen entdeckt und gemeldet.

Es darf nicht sein, dass wir an Land in Notfällen mit der 112 die zuständige Rettungsleitstelle erreichen können, aber im zentralen Mittelmeer geht niemand ans Telefon. Menschen, die freiwillig retten, können kein dauerhafter Ersatz für eine staatliche Meldebehörde bleiben. Was es braucht, ist eine von Europa finanzierte, dauerhaft besetzte Notrufzentrale mit ausgebildetem Fachpersonal, welches alle Informationen zur Einleitung der Rettungsmaßnahmen bekannt gibt und die Küstenwachen sowie rettende Organisationen unverzüglich über Seenotfälle informiert.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir auf europäischer Ebene ein effektives, durch die EU-Mitgliedstaaten finanziertes und koordiniertes flächendeckendes Seenotrettungsprogramm mit der Zielsetzung: einzig und allein der Schutz von Menschenleben!

Hier müssen zu jeder Zeit ausreichend Schiffe zum Zweck der Seenotrettung eingesetzt werden können. Innerhalb dieser neu zu schaffenden Strukturen müssen Seenotrufe ohne Ausnahme zu jeder Zeit von ausgebildeten englischsprachigen Fachkräften beantwortet werden. Alle Arten von Seenotfällen müssen stets gemeldet werden, um Rettungsmaßnahmen einleiten zu können. Hierzu muss sichergestellt werden, dass alle Leitstellen, umliegende Schiffe und Flugzeuge die wichtigsten Informationen zum Vorfall erhalten. Jedes Schiff, welches gerettete Menschen an Bord hat, hat das Recht auf einen sicheren Hafen an nah gelegenen EU-Küstenländern.

Ein Europa der Menschlichkeit: Gemeinsam für eine faire Asyl- und Migrationspolitik

In einem Europa der Solidarität und des Mitgefühls engagiert sich die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ für die Achtung der Menschenrechte als zentrales Element in der Asyl- und Migrationspolitik. Unser Bestreben ist ein aufgeschlossenes, verantwortungsbewusstes Europa, das Asylsuchenden und Migrantinnen mit Empathie und Vernunft begegnet. Statt Überwachung und Abschiebungen zu priorisieren, sollte die EU sichere und legale Wege für Geflüchtete einrichten und ein Leben in Würde

ermöglichen. Wir plädieren für schnelle, transparente Asylverfahren und fordern einheitliche europäische Standards sowie eine gerechte Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU.

Alle Mitgliedsstaaten der EU müssen sich an der Aufnahme und Integration von Geflüchteten beteiligen, um die Belastung der Grenzländer zu mindern und fremdenfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Dazu gehört ein verpflichtender Solidaritätsmechanismus für eine faire Verteilung. Integration erfordert Anstrengungen sowohl von den Ankommenden als auch von der aufnehmenden Gesellschaft; daher befürworten wir EU-weite Integrationsprogramme, die Bildung, Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration umfassen und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Angesichts von globalen Herausforderungen wie Kriegen, Konflikten und dem Klimawandel setzt sich unsere Partei für eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Diese sollte Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung und Klimaschutz umfassen.

In der Arbeitsmigration sehen wir eine Chance für die Wirtschaft und die demografische Stabilität in Europa. Wir befürworten ein kontrolliertes Einwanderungssystem, das Fachkräfte anzieht und die Rechte von Arbeitsmigranten schützt. Dabei ist negativen Folgen durch sogenannten Brain Drain für die Herkunftsländer entgegenzuwirken. Wir wollen daher, dass Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen für Bildung und Soziales für diese Staaten geleistet werden.

Unser Ziel ist ein Europa, das Brücken statt Mauern baut, Vielfalt wertschätzt und jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglicht. Wir streben nach einem menschenfreundlichen, verantwortungsvollen Europa, das sich nicht hermetisch abriegelt und das für das Wohl aller seiner Bürgerinnen und Einwohnerinnen Sorge trägt.

Unsere Kernforderungen umfassen:

- die Sicherstellung des Rechts auf Schutz und Asyl zur Wahrung der Menschenwürde

- die Etablierung schneller und transparenter Asylverfahren mit EU-Standards
- einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus für eine gerechte Lastenverteilung
- die Schaffung sicherer und legaler Wege für Schutzsuchende
- EU-weite Integrationsprogramme zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Fluchtursachen und
- die Etablierung eines kontrollierten Einwanderungssystems, das die Rechte der Arbeitsmigrantinnen schützt.

Entwicklungspolitik auf Augenhöhe

Europa trägt eine historische Verantwortung gegenüber den Ländern des globalen Südens, die während der Kolonialzeit unter rücksichtsloser Ausbeutung und menschenverachtender Drangsalierung zu leiden hatten. Auch nach Beendigung der Kolonialregime mischten sich europäische Regierungen noch häufig in bevormundender Weise in innere Angelegenheiten ein. Zudem leidet der globale Süden unter Umweltproblemen und Klimawandelfolgen, für die Europa eine große Mitverantwortung trägt.

Umso wichtiger ist es, dass man sich heute auf Augenhöhe begegnet und dass Beziehungen gepflegt werden, die nachhaltige Wertschöpfungsketten in Gang setzen und regionale Potenziale zu entfalten helfen. Dabei sollten – stets im Dialog mit den Partnerregierungen – Armutsbekämpfung, Aufbau von Bildungs- und Gesundheitsstrukturen, Beseitigung von Diskriminierung sowie Umwelt-, Klima- und Tierschutz priorisierte Ziele sein.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind weltweit die wichtigsten Geberländer, obwohl sie im Durchschnitt noch weit von dem 0,7%-Ziel entfernt liegen. Zudem wird unter dem Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit häufig eine knallharte Interessenpolitik betrieben, die darauf abzielt, der eigenen Wirtschaft neue Absatzmärkte

und Rohstoffquellen zu erschließen. Dem möchte die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ einen Riegel vorschieben.

Im Einzelnen sind unsere Forderungen:

- Die traditionellen Landnutzungsrechte der lokalen Bevölkerung müssen respektiert und geschützt werden.
- Um die eigenständige Versorgung zu verbessern, sollen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern beim Aufbau einer nachhaltigen, ökologischen Landwirtschaft - immer unter Berücksichtigung tierrechtlicher Aspekte - unterstützt werden.
- Erneuerbare Energien und die Optimierung der Energieeffizienz sollen durch Investitionen und Technologietransfer gefördert werden.
- Bei allen entwicklungspolitischen Kooperationen ist die Einhaltung menschenrechtlicher Standards zu gewährleisten. Insbesondere muss den Rechten von Frauen Sorge getragen werden, da sie nach wie vor die Mehrheit derer darstellen, die in Armut leben. Rechte von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, von ethnischen, religiösen Minderheiten sowie von marginalisierten Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, LGBTQIA+ Menschen und Migrantinnen sind zu schützen. Jede und jeder hat das Recht, die eigene Identität frei auszuleben.
- Es darf kein Druck auf die Länder des globalen Südens ausgeübt werden, Freihandelsabkommen zu unterzeichnen, denn die Gefahr ist zu groß, dass Billigimporte die lokalen Märkte überschwemmen.
- Die lokale Bevölkerung muss verteidigt werden gegenüber Großkonzernen, die riesige Landflächen aufkaufen, um für den eigenen Nahrungsmittel- oder Rohstoffbedarf anzubauen.
- Europäische Konzerne sollen gesetzlich verpflichtet werden, soziale und demokratische Standards zu wahren. Menschen, die von der Verletzung solcher Standards betroffen sind, sollen die Möglichkeit haben, gegen Konzerne an deren Heimatstandorten gerichtlich vorzugehen.

- Die ärmsten Entwicklungsländer und besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen müssen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden.
- Zur Vermeidung humanitärer Notlagen soll ein starker Fokus auf die Risikoanalyse und den Aufbau von Frühwarnsystemen gelegt werden. Dafür fordern wir Investitionen und Technologietransfer.
- Die Zusage der Mitgliedstaaten, 0,7 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, muss dringlich umgesetzt werden

Rojava

Die Region Rojava, offiziell Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien, ist eine selbstverwaltete Region im Norden und Nordosten Syriens. Die Region wurde nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 von kurdischen Kräften und ihren Verbündeten inmitten des Konflikts gegründet und wird seitdem regelmäßig von der Türkei angegriffen. Rojava und die Demokratische Föderation sind Beispiele für den Aufbau einer ökologischen, demokratischen und feministischen Gesellschaft. Das Ziel besteht darin, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Produktion von Gütern in Kooperativen und dezentral erfolgt, um den Bedürfnissen der Menschen und Umweltbelangen gerecht zu werden. Diese Form des demokratischen und ökologischen Lebens berücksichtigt verschiedene Aspekte wie die Klimakrise, die Monokultur in der Landwirtschaft, Wasserknappheit und die Energieversorgung. Der Krieg, insbesondere des türkischen Staates, gegen Rojava ist eine humanitäre und ökologische Krise. Die Angriffe haben bereits Tausende von Menschen zur Flucht gezwungen und Städte und Dörfer in der Region zerstört. Die Naturzerstörung in diesem Krieg wird tiefe Auswirkungen auf die Ökosysteme in der Region haben und das Leben für die heutigen und kommenden Generationen erschweren.

Wir fordern die Anerkennung der Selbstverwaltung in Rojava und die Bemühungen der dortigen Bevölkerung, eine demokratische, inklusive und pluralistische Gesellschaft aufzubauen. Die internationale Gesellschaft

muss die Selbstbestimmung der Region respektieren und unterstützen. Wir sehen in Rojava ein gesellschaftliches Modellprojekt, das von der Europäischen Union in besonderem Maße unterstützt werden muss.

Die lang anhaltenden Konflikte in dieser Region führen zu großem Leid. Wir setzen uns für eine dauerhafte Friedenslösung in der Region ein und fordern diplomatische Bemühungen zur Beendigung von Gewalt und zur Schaffung von Frieden. Zudem fordern wir humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung dieser Region, die am meisten unter den Auswirkungen des Konflikts leiden. Die Bereitstellung von Lebensmitteln und Medikamenten zählen dabei zu den wichtigsten Unterstützungsmöglichkeiten.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert verstärkte diplomatische Anstrengungen, um den Dialog zwischen den Konfliktparteien in dieser Region zu fördern. Die Europäische Union muss bei der Förderung von Frieden und Stabilität in der Region eine aktive Rolle einnehmen. Wir fordern die Unterstützung von Menschen, die von dort aus nach Europa fliehen. Dies erfordert die Bereitstellung von sicheren Fluchtwegen und menschenwürdigen Aufnahmebedingungen.

Als Partei, die sich dem Schutz von Menschenrechten verschreibt, wollen wir den Zugang zu Bildung und die Erhaltung der kulturellen Vielfalt in Rojava fördern. Wir halten dies für einen entscheidenden Schritt für den Aufbau einer stabilen und blühenden Gesellschaft. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich entschlossen für Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität in Rojava ein.

Zum Wohlergehen aller: Ein soziales und nachhaltiges Wirtschaftssystem etablieren

Als PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ stehen wir auf europäischer Ebene für die Einführung eines Wirtschaftssystems, welches sich nicht mehr ausschließlich über Indices wie Wachstum und Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern an der Lebensqualität und Zufriedenheit seiner Bürgerinnen bemisst. Wir möchten auf Basis einer

Postwachstumsökonomie eine sogenannte Suffizienzstrategie, also eine Strategie des maßvollen und nachhaltigen Konsumierens, entwickeln.

Eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Gesellschaft ist möglich, wenn neben der materiellen Bedürfnisbefriedigung den sozialen und kulturellen Belangen gleichermaßen Aufmerksamkeit geschenkt wird und sich die Politik an ethischen Maßstäben orientiert.

Dies verlangt nicht weniger als einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel: Die Beschränkung beim Konsumgüterkauf darf nicht als Rückschritt gewertet werden und für den Einzelnen keinen Statusverlust bedeuten. Der Fokus soll verlagert werden auf gesellschaftlichen Austausch, soziales Engagement, Kreativität, kulturelle Betätigung und Bildung. Gestärkt werden dabei die lokalen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen, während es bei den industriellen und global arbeitsteiligen Wertschöpfungsprozessen einen starken Rückgang geben wird. Auch das exorbitant angewachsene Geldvermögen muss drastisch reduziert werden, denn dieses wirkt tendenziell einem demokratischen Gemeinwesen und einer nachhaltigen Wirtschaftsweise entgegen.

Unsere Vision ist eine Zukunft, in der das Wohl aller Lebewesen und der Schutz unserer Umwelt an erster Stelle stehen. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ glaubt fest daran, dass es an der Zeit ist, die Art und Weise, wie wir Wirtschaft begreifen und betreiben, grundlegend zu überdenken. Dabei spielt die Idee der Postwachstumsökonomie eine zentrale Rolle. Es geht um eine Wirtschaft, die nicht auf stetigem materiellem Wachstum basiert, sondern auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Lebensqualität.

Unser bisheriges Wirtschaftssystem ist auf grenzenloses Wachstum ausgelegt. Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist dies jedoch schlicht nicht möglich. Wer etwas anderes anstrebt, nimmt die Zerstörung unseres Planeten billigend in Kauf. Wir möchten der Ausbeutung der Menschen, der Umwelt und der Tiere ein Ende setzen und ein nachhaltiges und soziales Wirtschaftssystem etablieren, das dem Wohle aller dient.

Die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum hat uns in eine Situation gebracht, die von Klimakrise, extremer Ressourcenverknappung,

Vermüllung und Artensterben geprägt ist. Und die Ausbeutung von Tieren hat ein Maß angenommen, das jeder ethischen Beurteilung spottet. Zudem geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, was einer Gesellschaft niemals zuträglich ist.

Alle Versuche, ein sogenanntes grünes, sozialverträgliches, qualitatives Wachstum anzuregen, haben sich bisher als völlig unzureichend erwiesen. Die große Masse der aktiven Marktteilnehmer lässt sich von Profitinteressen und Konkurrenzdenken leiten. Der Staat kann und muss mehr regulieren, um diejenigen zu bremsen, die nicht bereit sind, Rücksicht zu nehmen. Er kann und muss mehr Anreize schaffen, um denen Vorteile zu gewähren, die für eine emissionsarme, nachhaltige Ökonomie stehen. Aber all das wird nicht ausreichen, wenn das Paradigma ständigen Wachstums weiterhin vorherrschend ist.

Ein realistischer Blick auf unsere Zukunft zeigt, dass wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften umgestalten müssen. Es geht darum, ein Gleichgewicht zu finden, in dem wir nicht mehr von der Erde nehmen, als sie uns geben kann. Zugleich müssen wir sicherstellen, dass alle das haben, was es zum Leben braucht, und dass Gerechtigkeit mehr als nur ein Wort ist. Diese Überlegung ist kein bloßer Wunschtraum, sondern eine klare Notwendigkeit, um den großen Herausforderungen unserer Zeit wie dem Klimawandel und der wachsenden sozialen Ungleichheit wirksam zu begegnen.

Wir messen Fortschritt nicht daran, wie viel wir produzieren oder konsumieren, sondern daran, wie gut es uns und unserer Umwelt geht. Hier sind fünf Schritte, die wir gehen müssen, um dorthin zu gelangen:

- Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft: Wir müssen unsere Ressourcen klug und sparsam nutzen und Produkte konsequent so gestalten, dass sie wiederverwendet oder kompostiert werden können.
- Förderung von lokaler Produktion und lokalem Verbrauch, um nicht nur unsere Umwelt zu schonen, sondern auch die Gemeinschaft vor Ort zu stärken.

- Einführung eines EU-weiten bedingungslosen Grundeinkommens: Jeder sollte die Sicherheit haben, ein würdevolles Leben führen zu können - erst recht in einer Welt, die nicht ständig "wächst".
- Investition in grüne Energie und nachhaltige Technologien: Wir müssen uns von fossilen Brennstoffen verabschieden und stattdessen Innovationen unterstützen, die unsere Welt besser machen.
- Bildung und Bewusstsein für Nachhaltigkeit fördern: Bildung ist der Schlüssel, um zu verstehen, warum wir unseren Lebensstil ändern müssen und wie jeder einzelne von uns dazu beitragen kann.
- Ausschließlich nachhaltige und soziale Unternehmen sollen hierfür bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen berücksichtigt werden und Vorteile wie vergünstigte Zinsen bei der Kreditvergabe erhalten.
- Auch sollten klimafreundliche, tierleidfreie und fair produzierte Waren einen niedrigeren Steuersatz erhalten.
- Die Gemeinwohl-Bilanzierung wäre ein mögliches Mittel, um die gewünschten Parameter in einem Punktesystem zu messen und ersichtlich zu machen. Dieser Bilanzierung sollten sich alle Länder, Kommunen und Unternehmen verpflichtend unterziehen.
- Zudem sollten alle Produkte mit dieser entsprechenden Punkteskala gekennzeichnet sein, um eine bewusste Kaufentscheidung für Verbraucherinnen zu erleichtern.

EU-Steuern & EU-Budget

Die Europäische Union braucht eine von Grund auf neu aufgestellte Finanzpolitik. Zum einen müssen mehr Steueraufkommen geschaffen, zum anderen müssen die einzelstaatlichen Steuern harmonisiert und der Kampf gegen Steuerflucht und Niedrigsteuern aufgenommen werden.

Hierfür braucht es eine gemeinsame Steuerpolitik, die bei bestmöglicher Umsetzung viele Vorteile mit sich bringt. So können bürokratisch aufwändige Doppelbesteuerungen vermieden werden, in internationalen

Verhandlungen ist die europäische Position gestärkt und grenzüberschreitende Steuerkriminalität kann besser verfolgt werden.

Die Steuerharmonisierung soll insbesondere über eine einheitliche Körperschaftsteuer gewährleistet werden, die durch nationalstaatliche Steuersätze lediglich ergänzt werden können. Somit gibt es keinen Abwärtswettbewerb um die günstigsten Steuern mehr, denn die europäische Körperschaftsteuer stellt den erlaubten Mindeststeuersatz dar, der unseren Vorstellungen nach mindestens dem heutigen Durchschnittssteuersatz entsprechen muss. Wir sehen einen Mindestkörperschaftsteuersatz von 20 % als erforderlich und realistisch an, der perspektivisch weiter angehoben werden muss.

Zudem muss die EU über mehr eigene Steueraufkommen verfügen. Steuerarten, die vornehmlich grenzüberschreitend ihre Wirkung optimal entfalten, sind für EU-Steuern am besten geeignet. Neben Abgaben für Kunststoffabfälle, der Digitalabgabe und dem CO₂-Grenzausgleichssystem braucht es eine Finanztransaktionsteuer sowie Steuern auf stark umweltschädliche Mobilität und Industrien. Die Höhe der Finanztransaktionsteuer soll spezifisch anhand mehrerer Indikatoren festgelegt werden. So können bestimmte Transaktionen, die in besonderem Maße zu Finanzkrisen beitragen, höher besteuert werden. Eine EU-weit verpflichtende Übergewinnsteuer kann ebenfalls zu einem sozialen, ethischen und ökologischen Europa beitragen.

Die EU kann derzeit keine eigenen Steuern selbst erheben, weshalb die Mitgliedstaaten diese Rolle einnehmen. Langfristig kann aber auch eine Reform sinnvoll sein, die die Europäische Union ermächtigt, direkt Steuern selbst zu erheben. Denn solche direkt erhobenen EU-Steuern bedeuten auch mehr Transparenz und Akzeptanz für die europäische Haushaltspolitik.

Die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt müssen angehoben werden, um die Herausforderungen in den Bereichen der Klimapolitik, der Wirtschafts- und Sozialharmonisierung, der Krisenresilienz sowie der Agrarwende zu finanzieren.

Verknüpft werden muss die EU-Steuerpolitik mit einer Geld- und Zentralbankpolitik, die noch stärker darauf ausgerichtet ist, Finanz- und Wirtschaftskrisen zu vermeiden beziehungsweise deren negativen Folgen durch sozial-ökologisch wirksame Maßnahmen auszugleichen. Bei künftigen Krisenfällen muss die Europäische Union durch gemeinsame Anleihen handlungsfähig sein, weshalb wir uns auch für eine Ausweitung von EU-Hilfsprogrammen und soziale Maßnahmen wie das EU-Kurzarbeitergeld und eine EU-Arbeitslosenrückversicherung aussprechen.

Die Wirtschafts-, Kapitalmarkt- und Bankenunion muss ausgebaut werden. Jedoch müssen ökologisch-ethische Ziele bei jeder Maßnahme leitend werden. Die Eigenkapitalanforderungen an Banken müssen erhöht und Stresstests ausgebaut werden. Internationale Übereinkünfte im Kampf gegen Schattenbanken und Steuerflucht müssen dringend verhandelt werden und in Kraft treten. Investmentbereiche von Banken müssen strikt vom risikoarmen Bankgeschäft abgekoppelt werden.

Das aktuelle Greenwashing, wie bei der Taxonomie für Finanzprodukte, kritisieren wir scharf und fordern eine Neuausrichtung. Atomenergie und Erdgas sind nicht nachhaltig und daher dürfen Finanzspekulationen und Investitionen in diesen Bereichen kein Nachhaltigkeitslabel und keine monetären Privilegien erhalten. Es braucht europaweit verlässliche, transparente und einheitliche Regularien für Finanzanlagen. Wir fordern eine abgestufte Taxonomie statt der bisherigen starren Kriterien und neben des Kriteriums der Biodiversität auch eine Ausweitung auf tierethische Belange.

Souveränität unserer Wirtschaft

Europas Wirtschaft muss umgebaut werden. Die EU muss sich verantwortlich dafür fühlen, dass sämtliche Wirtschaftsbereiche so aufgestellt sind, dass wir für künftige Krisen und Lieferschwierigkeiten gewappnet sind.

Der Angriffskrieg Russlands hat gezeigt, wie sehr bestimmte Produkte und Branchen auf einzelne Lieferländer angewiesen sind. Derselbe Grad von Abhängigkeit ist aber für viele Bereiche noch weitaus gravierender vorhanden, als es bislang im öffentlichen Bewusstsein deutlich ist. So sind wir bei Medikamenten und Halbleitern von Ostasien abhängig und viele Rohstoffe gibt es gar nicht in Europa. Es gibt bereits Situationen, in denen Apotheken und Krankenhäuser kein Insulin oder keinen Hustensaft für Kinder ausreichend vorrätig hatten. Es muss daher darum gehen, dass zu keinem Zeitpunkt flächendeckend lebenswichtige Medikamente fehlen. Ein anderes Beispiel sind technische Komponenten für Computer, Handys, Elektroautos, Industriemaschinen oder Solaranlagen, bei denen Rohstoffe teilweise ausschließlich von außerhalb der Europäischen Union stammen.

In einer zunehmend unsicher werdenden Welt nehmen die Risiken für Lieferengpässe immer weiter zu. Die europäische Wirtschaft und konkret das Leben von Menschen kann dann massiv beeinträchtigt werden. Die Europäische Union muss deshalb an der Diversifizierung der Handelspartnerschaften sowie an der Etablierung von empfindlichen Branchen innerhalb Europas mitwirken und diese gezielt fördern. Dafür braucht es massive und gemeinsame Investitionen sowie das Abrücken von einseitig auf Billigstpreise abzielende Ausschreibungsvorgaben, was eine Hauptursache für die Lieferengpässe bei Medikamenten ist.

Der Green Deal hält bislang nicht, was versprochen wurde. Zukunftsbranchen wachsen außerhalb der Europäischen Union stärker als hier. Die Handelspolitik ist weiterhin weder sozial noch ökologisch ausgerichtet. Daher muss die Europäische Union weit stärker als bisher den Wandel vorantreiben und den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen entsprechend vorbereiten.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichertechnologien, Netzkapazitäten und Elektrifizierung sind elementar wichtig für unsere Zukunft und Europa darf nicht noch weiter zurückfallen. Hierfür muss es gelingen, nicht nur die Energieerzeugung, sondern auch die Batterien und intelligente Speichersysteme in Europa zu produzieren. Mit demselben

Engagement müssen zudem insbesondere die Baubranche und die Landwirtschaft so umstrukturiert werden, dass sie klimaneutral sind.

Derzeit werden fast alle zukunftsweisenden Technologien außerhalb Europas erfunden und entwickelt und es gibt einen dramatischen Brain-Drain von jungen Wissenschaftlerinnen und Gründerinnen, die sich innerhalb der Europäischen Union in ihren Möglichkeiten beschränkt empfinden. Die Europäische Union muss bessere Rahmenbedingungen für nachhaltig-ethische Start-ups schaffen und entsprechende Förderbudgets weiter ausbauen. Hindernisse des Beihilferechts gilt es zu beseitigen und die Förderlandschaft so umzustrukturieren, dass sie leichter zugänglich ist für Gründerinnen.

Arzneimittel-Versorgung und Sicherheit europaweit gewährleisten

Medikamenten in Europa ein. Wir sind davon überzeugt, dass eine umfassende Politik notwendig ist, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Als Tierschutzpartei möchten wir unter anderem sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu benötigten Medikamenten haben. Mit Frühwarnsystemen und durch eine enge Zusammenarbeit mit Herstellern, Apotheken und Gesundheitsbehörden möchten wir proaktiv Maßnahmen ergreifen, um Engpässe zu verhindern. Dazu fordern wir eine von nicht EU-Ländern unabhängige lokale Produktion und Diversifizierung der Lieferketten von Arzneimitteln. Auch die Unterstützung von Generika trägt zur Kosteneffizienz bei und erhöht die Verfügbarkeit von lebenswichtigen Medikamenten.

Zudem möchten wir die Infrastruktur der Gesundheitsversorgung stärken. Insbesondere in ländlichen Gebieten möchten wir Anreize schaffen, um den Zugang zu verbessern und die Beratung in Apotheken durch qualifiziertes Fachpersonal zu fördern. E-Rezepte, Telekonsultationen und digitale Plattformen zur Überwachung von Patienten tragen ebenfalls zu einer besseren Versorgung bei und sollten daher ausgebaut werden.

Um die Wirksamkeit, Qualität und Sicherheit von Medikamenten zu gewährleisten, möchten wir die Zulassungsverfahren verbessern, indem klinische Studien und Sicherheitsdaten einer rigorosen Prüfung unterzogen werden. Auch an dieser Stelle ist es uns wichtig zu betonen, dass wir eine tierversuchsfreie Forschung fordern, die im Gegensatz zu Tierversuchen auf den Menschen übertragbare und mit modernen Methoden wie Zellkulturen, Biochips und Computersimulationen verlässlichere Ergebnisse liefern können.

Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen muss verbessert bzw. geschaffen werden. Daher erachten wir die verstärkte Zusammenarbeit zwischen nationalen Arzneimittelbehörden und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) als zwingend notwendig. Ebenfalls müssen gemeinsame Standards und der Austausch von Daten zwischen Ländern gefördert werden, um eine kohärente und effektive Überwachung sicherzustellen.

Hierzu strebt unsere Politik eine erhöhte Transparenz in Bezug auf Arzneimittelinformationen an. Dies beinhaltet die Offenlegung von Studienergebnissen, klinischen Prüfungen und Sicherheitsdaten. Dazu müssen außerdem klare und verständliche Kommunikationskanäle geschaffen werden, um Risiken und Nutzen von Medikamenten transparent zu kommunizieren.

Wir möchten die Überwachung von Arzneimitteln nach ihrer Markteinführung intensivieren, indem wir Frühwarnsysteme für unerwünschte Arzneimittelwirkungen verbessern und erweitern. Auf Sicherheitsbedenken muss schnell reagiert werden. Um Arzneimittelfälschungen zu bekämpfen, müssen Maßnahmen wie die Einführung von Technologien zur Authentifizierung von Arzneimitteln und die Stärkung von Kontrollmechanismen entlang der Lieferkette ergriffen werden. Durch die Förderung fortschrittlicher Technologien und Methoden zur Identifizierung und Überwachung von Arzneimittelrisiken werden wir die Sicherheit von Medikamenten weiter verbessern.

Innovationsstandort Europa: Eine Vision für die Zukunft

Europa steht an einem Wendepunkt. Mit dem Aufkommen einer neuen Ära von KI-Technologien, erneuerbaren Energiesystemen, Quantencomputing und anderen bahnbrechenden Innovationen haben wir die Chance, unser Erbe als Wiege der Aufklärung zu erneuern. Wissenschaft, Bildung und Fortschritt müssen auch künftig politische Prioritäten in der europäischen Politik sein! Um diese ambitionierte Vision zu verwirklichen, müssen wir den Innovationsstandort Europa nachdrücklich fördern und gleichzeitig eine kollaborative und integrative Innovationskultur pflegen, die unsere kollektiven Werte und Bestrebungen reflektiert.

Zuallererst müssen wir die Investitionen in Forschung und Entwicklung erheblich erhöhen, insbesondere in Schlüsselbereichen wie künstliche Intelligenz, erneuerbare Energietechnologien und Biotechnologie. Hierbei ist es essentiell, eine Balance zwischen staatlicher Förderung und privaten Investitionen zu finden, die Synergien schafft und Innovationen beschleunigt. Zudem müssen wir ein europaweites Netzwerk von Innovationszentren schaffen, das den Austausch von Wissen, Technologie und Talenten erleichtert. Sie sollten eng mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und der Industrie verknüpft sein und als Inkubatoren für Start-ups dienen. Politische Entscheidungsträgerinnen sollten die Idee des digitalen Binnenmarktes weiter vorantreiben, um grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Handel zu erleichtern. Das bedeutet, regulatorische Hürden abzubauen und digitale Infrastrukturen auszubauen, die den freien Fluss von Daten und Ideen unterstützen.

Bildung und lebensbegleitendes Lernen müssen ebenfalls im Fokus stehen. Unsere Schulen und Hochschulen sollten darauf ausgerichtet sein, kritische Denkerinnen, kreative Problemlöserinnen und leidenschaftliche Innovatorinnen hervorzubringen. Schließlich brauchen wir eine kohärente Strategie in Hinsicht auf geistiges Eigentum, die sowohl Urheberinnen schützt als auch die offene Zusammenarbeit fördert.

Wenn die Europäische Union hier konkrete Schritte ergreift, stehen wir nicht nur an der Spitze technologischer Fortschritte, sondern gestalten

auch aktiv unsere gemeinsame Zukunft. ^[11]_{SEP} Abgesehen von technologischen Durchbrüchen kann Europa als Vorreiter für gesellschaftliche Innovationen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Umweltbewusstsein, sozialer Arbeitskultur und Inklusion fungieren. Unsere starke Tradition des sozialen Dialogs, unser Engagement für Menschenrechte und unser Streben nach Gerechtigkeit könnten den Weg für neue Modelle der Zusammenarbeit, Bildung und sozialen Wohlfahrt ebnen. Dieses neue Zeitalter der Innovation bietet Europa die Chance, erneut eine führende Rolle in der Welt zu übernehmen. Wir sollten diese Gelegenheit mit beiden Händen ergreifen.

Konzernverantwortung

Die Europäische Union muss ihr Möglichstes tun, um Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Sklaverei und Menschenhandel zu unterbinden. Hierfür braucht es ein wirkungsvolles Europäisches Lieferkettengesetz, das sich auch auf kleinere Unternehmen und auf Zulieferbetriebe erstreckt sowie Schlupflöcher verunmöglicht. Es muss konkrete Vorgaben zur Haftung nach Straf- und Zivilrecht enthalten, sodass sich Verstöße nicht rechnen. Die Fehler des deutschen Lieferkettengesetzes dürfen auf europäischer Ebene nicht noch einmal gemacht werden! Neben menschenrechtlichen und umweltbezogenen Mindeststandards sind auch weitreichende Arten- und Tierschutzstandards zu implementieren.

Zudem müssen Mechanismen greifen, damit kritische Handelsbeziehungen mit undemokratischen Regimen und Unternehmen, die für diese arbeiten, kontrolliert und notfalls eingestellt werden können. Wir dürfen uns nicht mitschuldig machen an Unterdrückung und Gewalt. Wir möchten einheitliche Regularien und ein geschlossenes Vorgehen der Mitgliedstaaten.

Die Macht großer Konzerne muss strenger reguliert werden als bisher. Auch die Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn es einen gesunden Wettbewerb um neue Ideen und gute Produkte sowie Dienstleistungen gibt. Wir streben postwachstumsökonomische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen an, fordern aber auch Veränderungen innerhalb der

marktwirtschaftlichen Realität. So möchten wir nicht nur mehr Investitionen in sozial-ethische Start-ups, sondern auch aktives Vorgehen gegen zu große Marktmacht einzelner Konzerne, was auch als gelebte Unternehmenskultur innerhalb der Konzerne etabliert werden muss.

Wir unterstützen zudem Zertifizierungen nach der Gemeinwohl-Bilanz, die wir als gutes Beispiel für eine ethische Orientierung der Wirtschaft ansehen. Die Europäische Union kann dieses Modell übernehmen und eigene Zertifizierungen etablieren.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) müssen die grundsätzlichen Leitplanken aller Entscheidungen in der Europäischen Union werden. Nicht Wirtschaftswachstum soll künftig leitend sein, sondern die Frage, ob es sozialen, ökologischen und ethischen Zielen dienen kann. Es braucht hierfür auch massive Investitionen in Forschung und Entwicklung, um die gesellschaftlich-ökonomischen Transitionsprozesse in unternehmerische Change-Prozesse zu überführen.

Freihandelsabkommen dürfen nicht zulasten von sozialen, ökologischen und ethischen Standards abgeschlossen werden. Wir lehnen Abkommen strikt ab, wenn sie Umweltzerstörung, Tierleid und Ausbeutung fördern, statt diese einzudämmen.

Die Europäische Union muss ihr Möglichstes unternehmen, um Handel und Finanzspekulationen mit unethischen und unökologischen Gütern zu unterbinden. Umfassende Divestmentvorgaben (keine Investitionen und Geldanlagen in Zusammenhang mit unethischen, unökologischen Unternehmensaktivitäten) für staatliche und private Unternehmen sind zu erstellen und durchzusetzen. Herstellung und Dienstleistungen im Zusammenhang mit fossilen Energien sowie Atomkraft, Waffen, Naturzerstörung und Tierleid müssen reduziert und schnellstmöglich verboten werden.

Sozial- und Gesundheitspolitik

Die Grundstrukturen der Europäischen Union werden durch den Vertrag von Lissabon geprägt. Mit diesem verfolgt sie die Ziele ihres Gesundheitsprogramms und verpflichtet sich, einen hohen Gesundheitsschutz sicherzustellen. Diesen Zielen schließen wir uns vollumfänglich an.

Der Gesundheitsschutz wird allerdings nicht ausreichend durchgesetzt, wodurch bestimmte Risikofaktoren weiterhin die europäische Bevölkerung belasten. Dazu zählen vor allem der Einsatz von gesundheitsschädlichen Pestiziden auf den Äckern und von Antibiotika in der Tierhaltung. Eine bio-vegane Landwirtschaft kann für eine Verminderung des großflächigen Einsatzes gesundheitsschädlicher Stoffe in unseren Lebensmitteln sorgen und sollte deshalb gefördert werden. Europa braucht sowohl eine saubere Umwelt als auch eine starke Sozialpolitik, damit die Gesundheit der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

In der EU sind derzeit ca. 49 Mio. Menschen von Armut bedroht, davon alleine ca. 14 Mio. in Deutschland. Hier bedarf es einer gerechten Verteilung von Ressourcen, damit sich alle gesunde Lebensmittel leisten können. Die gezielte Unterstützung und das Verständnis für sozial schwächere und benachteiligte Personen sind der Schlüssel für eine funktionierende Gesellschaft. Vor allem der steigenden Anzahl der von Kinderarmut betroffenen Kinder muss durch die EU entgegengesteuert werden.

Maßnahmen hierfür wären die Einrichtung und Förderung eines europäischen Bildungssystems, welches gleiche Chancen für alle ermöglicht und einheitliche Abschlüsse bietet. Dazu müssen der Arbeitsmarkt angepasst, hohe europäische Standards im Arbeitsrecht etabliert und ein EU-Mindestlohn eingeführt werden.

Dabei muss stets der Einklang von Beruf und Familie gewährleistet und die finanzielle Sicherheit für die Zukunft gesichert werden.

Wir fordern die Ausweitung europäischer Sozialgesetze als Grundlage für Absicherung und vollumfängliche Gesundheit

LGBTQIA+

Um die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung der LGBTQIA+ Community auf europäischer Ebene zu erreichen, brauchen wir ein ganzheitliches Konzept, das verschiedene Aspekte wie Bildung, soziale Sensibilisierung, politisches Engagement, aber auch rechtliche Maßnahmen beinhaltet. Wir setzen uns ein für einen Rechtsrahmen ein, der die Diskriminierung von geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung in allen EU-Mitgliedsstaaten unterbindet und unter Strafe stellt.

Wir fordern Gesetze gegen die Diskriminierung von LGBTQIA+ Menschen am Arbeitsplatz, gegen Diskriminierung im Bildungssystem und gegen Diskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen, zudem wollen wir LGBTQIA+ Menschen europaweit vor Hassverbrechen schützen. Dafür braucht es in allen Mitgliedsstaaten starke Gesetze und angemessene Strafen gegen Hassverbrechen und Gewalttaten.

Förderung von Akzeptanz und Sensibilisierung: Wir arbeiten daran, die Akzeptanz und Sensibilisierung von LGBTQIA+ Themen zu fördern. Dazu braucht es Maßnahmen, mit denen die Öffentlichkeit vernünftig aufgeklärt werden kann. Deshalb machen wir uns stark für Kampagnen in Schulen, Medien sowie Werbekampagnen in beispielsweise Innenstädten, mit denen wir Vorurteile und Stereotypen bekämpfen wollen, um so ein tolerantes Klima für diese Themen zu schaffen.

Um die Akzeptanz von LGBTQIA+ Themen in der Gesellschaft zu erhöhen und den Schutz von Betroffenen zu verbessern, braucht es auch Organisationen, welche sich für die Community einsetzen. Wir wollen deshalb Organisationen, welche sich für die Belange der LGBTQIA+ Community stark machen, finanziell unterstützen. Diese finanziellen Mittel sollen dann in Aufklärungs- und Empowerment-Programme fließen sowie für Beratungsangebote und Forschungsprojekte genutzt werden.

Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die für LGBTQIA+ Menschen in der gesamten Europäischen Union diskriminierungsfrei zugänglich ist. Dafür sind spezialisierte Gesundheitsdienste, die auf Bedürfnisse und Anliegen der LGBTQIA+ Community eingehen. Zudem werden Schulungen von Gesundheitsfachkräften benötigt, die eine angemessene Versorgung sicherstellen.

Das Fördern von LGBTQIA+ Kunst- und Kultur ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen kulturelle Veranstaltungen, Festivals und Ausstellungen fördern und die Vielfalt und Kreativität der Community feiern. Dies fördert die Sichtbarkeit von LGBTQIA+ Künstlerinnen und ihren Werken. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich dafür ein, dass die Rechte und Bedürfnisse von LGBTQIA+ Geflüchteten und Asylsuchenden besonders berücksichtigt werden. Wir fordern Schutz vor Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität und die Gewährleistung sicherer Aufnahmebedingungen.

Die Forschung und Datenverarbeitung für LGBTQIA+ Rechte ist ein weiterer Schwerpunkt unseres Programms. Wir unterstützen Studien und Erhebungen, die das Ausmaß von Diskriminierung und Gewalt gegen die Community aufzeigen, um fundierte politische Entscheidungen zu ermöglichen. Wir setzen uns zudem für die Anerkennung von nicht- binären Geschlechtsidentitäten und Intersex-Personen ein. Deshalb fordern wir die EU-weite Einführung von rechtlichen Optionen zur Geschlechtsangabe, welche jenseits der traditionellen binären Vorstellungen liegen.

Wir haben die Vision einer Europäischen Union, in der alle Menschen, unabhängig ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, frei und ohne Diskriminierung leben können. Für diese Ziele setzen wir uns aktiv ein und kämpfen für die Rechte und Würde der LGBTQIA+ Community. Der Schutz und die Förderung der Community sind uns eine Herzensangelegenheit.

Kulturpolitik in Europa – Ein friedliches, solidarisches und freies Europa ist nur über eine europäische Kultur erreichbar!

Europa braucht eine lebendige, den Kontinent umspannende Kulturszene. Zum einen schafft Kultur Identität, weil sie auf die gemeinsamen europäischen Traditionen und Werte verweist, die es ja zweifellos gibt, die aber im Bewusstsein der meisten Europäer:innen zu wenig verankert sind.

Zum anderen hinterfragt Kultur den normativen Konsens einer Gesellschaft, ironisiert ihn, zeigt Alternativen auf. Auch dieser Aspekt ist von enormer Wichtigkeit, denn wie jede moderne Gesellschaft kann sich auch die europäische nur dynamisch am Leben erhalten. Sie braucht den stetigen Prozess des Reflektierens und Veränderns.

Gegenwärtig erleben wir in ganz Europa Polarisierungen mit starken rechten Bewegungen, die homophob, chauvinistisch und ausländerfeindlich auftreten. Mit ihrem eindimensionalen Weltbild stehen sie der Europäischen Union skeptisch bis ablehnend gegenüber. Nötig ist eine Kultur, die hierauf in europäischer Dimension antwortet.

Die Grundlagen für ein europäisches Kulturverständnis müssen in der frühkindlichen Bildung und in der Schule gelegt werden: Es braucht eine stärkere Förderung von Fremdsprachenkenntnissen, denn ohne sprachliche Verständigung muss kulturelle Vermittlung scheitern. Und mindestens ebenso wichtig ist ein Verständnis dafür, dass Humanismus und Reformation, die Revolution von 1789, die Etablierung des Frauenwahlrechts europäische Ereignisse sind.

Grundsätzlich sollte die Begegnung mit Kultur so früh wie irgend möglich erfolgen. Wir treten dafür ein, dass Kinder bereits im Kindergarten auf spielerische Weise mit Musik, Theater und bildender Kunst in Berührung kommen und dass sich diese künstlerisch-musische Beschäftigung durch die gesamte Schulzeit fortsetzt. Denn wo Kreativität gefördert wird, wird auch Toleranz und Verantwortung vorangetrieben, damit aus jungen Menschen reife Mitglieder einer Gesellschaft werden.

Wir wünschen uns Plätze, Institutionen und Events, die europaweit Symbolkraft entfalten. Wir wünschen uns aber auch eine viel stärkere Vernetzung im Bereich der freien Künste. Die Programme, die es bereits gibt, müssen besser kommuniziert und die bürokratischen Hürden der Antragstellung so weit wie möglich beseitigt werden. Darüber hinaus braucht es Programme, die darauf angelegt sind, künstlerisch Tätige aus mehr als nur aus zwei Ländern zusammenzuführen.

Obwohl künstlerisch Tätige in Deutschland nicht selten in prekären Verhältnissen leben, ist ihre soziale Situation dennoch besser als die ihrer Kolleginnen in vielen anderen europäischen Ländern. Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, Honorar-Untergrenzen für Kulturschaffende festzulegen und soziale Absicherungen zu schaffen, beispielsweise durch die Etablierung des Modells der deutschen Künstlersozialkasse im europäischen Ausland.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ sieht in der Stärkung unserer gemeinsamen Kultur nicht nur die Zukunft eines vereinten Europas, sondern auch das Potenzial, um ein tolerantes, verständnisvolles und kreatives Miteinander zu gewährleisten. Kultur schafft Einheit in der Vielfalt: eine lebendige Symphonie, die uns alle inspirieren und voranbringen kann.

Europäischen Denkmalschutz stärken – Mehr lebendige Denkmäler schaffen!

Ob mittelalterliche Burg in Irland, Tempel in Griechenland oder Industriekultur im Ruhrgebiet, die Erhaltung des kulturellen Erbes ist ein länderübergreifender gesellschaftlicher Auftrag. Über den Schutz und die Pflege hinaus sollten Denkmäler aller Art den Menschen als lebendig und zugänglich präsentiert werden. Dafür müssen Zuständigkeiten und wissenschaftliche, architektonische und kunsthistorische Kompetenzen auf allen Ebenen vereinheitlicht und gebündelt werden. Baudenkmäler aller Art dürfen nicht zum Spielball wirtschaftlicher oder politischer Interessen werden. Eigentümerinnen sollten dabei unabhängig von ihrem Status (z. B. Kirche, Verein, Kommune oder Privatperson) einheitlich bei Rechten,

Pflichten und der Vergabe von Förderungen behandelt werden. Im Hinblick auf den Klimaschutz sind in allen Mitgliedstaaten zu starre Vorgaben beim Denkmalschutz zu lockern. Denn oftmals behindern sie den Einsatz erneuerbarer Energien und eine Wärmedämmung bzw. Isolierung.

Paneuropäische Leuchtturmprojekte wie die Via Molina, die eine europäische Kulturstraße der historischen Wind- und Wassermühlen mit aktuell drei festen Mitgliedern (Dänemark, die Niederlande sowie Deutschland) und einem guten Dutzend assoziierter Länder schaffen will, sind dabei besonders förderungswürdig. Projekte dieser Art schaffen eine Verbindung zwischen diesen Ländern auf der Basis eines gemeinsamen kulturellen Erbes und sind prädestiniert dafür, mit gelebter Geschichte einen Brückenschlag zwischen der Vergangenheit und aktuellen europäischen Herausforderungen in der Energiewende zu schaffen.

Menschenrechte

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz tritt zur Europawahl an, um eine Politik zu fördern, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Wir sind überzeugt, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte die Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft bilden.

Die EU muss eine aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte spielen. Wir setzen uns für die Stärkung internationaler Partnerschaften zur Bekämpfung globaler Herausforderungen wie Armut, Diskriminierung, Verfolgung, Folter und Unterdrückung ein.

Angesichts der rasanten Entwicklungen im digitalen Bereich setzen wir uns dafür ein, dass die Menschenrechte auch online geschützt werden. Datenschutz, Meinungsfreiheit sowie der Schutz vor Überwachung sind Grundprinzipien, die auch in der digitalen Welt gewahrt bleiben müssen.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert eine humane und solidarische Asyl- und Migrationspolitik. Wir wollen die Stärkung

gemeinsamer europäischer Asylstandards fördern und setzen uns für eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden und Migrantinnen ein.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die Europäische Union muss sich verstärkt für die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzen und Diskriminierung in all ihren Formen und Facetten bekämpfen.

Die Tierschutzpartei setzt sich für eine sozial gerechte Politik ein, die den Wohlstand gerecht verteilt. Wir fordern Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, faire Löhne und Arbeitsbedingungen sowie Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für alle.

Der Schutz der Umwelt ist ein Menschenrecht. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich für eine nachhaltige Politik ein, die die Umwelt schützt und den Menschen eine gesunde Lebensgrundlage sichert. Dazu gehören für uns der Einsatz erneuerbarer Energien, der Erhalt der Artenvielfalt sowie der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen.

Wir fordern eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen an politischen Entscheidungsprozessen. Transparenz und Offenheit müssen Grundprinzipien unserer Politik sein, um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken.

Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, stehen für eine Politik, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union eine Vorreiterrolle bei der Förderung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einnimmt. Wer eine soziale, gerechte und nachhaltige Zukunft für alle will, wählt die Tierschutzpartei.

Demokratie, Antilobbyismus, Bürgerräte

Wir setzen uns für eine demokratische Europäische Union ein, in der die Menschen in politische Entscheidungen einbezogen werden. Die Zukunft der EU ist nur dann sicher, wenn sie Akzeptanz findet und größtmögliches

Vertrauen in ihre Institutionen besteht. Das ist leider immer weniger der Fall, was auch an der Konstruktion der Europäischen Union liegt. So kommen wichtige Gesetze nicht auf den Weg, weil einzelne Mitgliedstaaten blockieren oder die EU nicht zuständig ist. Viele Gesetze werden ohne Beteiligung der legislativen Gremien, sondern in Trilogen auf der exekutiven Ebene verhandelt.

Besonders demokratieschädlich wird es, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten immer wieder der EU die Schuld an politischen Entscheidungen oder Missständen geben, obwohl gerade nicht die EU, sondern die nationalen Regierungen verantwortlich sind. Aufgelöst werden kann dies nur durch eine transparente und umfassende Strukturreform.

Wir möchten die Europäische Union handlungsfähiger machen und in Verantwortung bringen. Hierfür muss das Mehrheitsprinzip ohne Vetomacht einzelner Mitgliedstaaten konsequent gelten und muss das Europäische Parlament echte legislative Macht erhalten. Dafür braucht es Mut, denn es bedeutet auch eine Entmachtung der nationalstaatlichen Regierungen. Denn gerade in einer globalisierten Welt braucht es mutige und große Schritte, klug organisierte und einander überwachende Gremien sowie Menschen, die für grenzüberschreitende Lösungen mit Herz und Verstand kämpfen.

Noch immer hat das EU-Parlament nicht in allen politischen Bereichen echte Mitentscheidungsmöglichkeiten. So kann es in der Wettbewerbs- sowie Außenpolitik einfach übergangen werden. Wir fordern, dass sämtliche politischen Entscheidungen der EU nach denselben Verfahren getroffen werden. Und das Parlament muss berechtigt sein, Gesetzgebungsverfahren zu initiieren, statt wie bisher lediglich die EU-Kommission dazu auffordern zu dürfen.

Die Tendenz, dass sich vorwiegend in den Trilogen zwischen Rat, Kommission und Parlament geeinigt wird, hat Vorteile in Hinsicht auf die Effizienz, aber auch gravierende Nachteile. So werden die eigentlichen parlamentarischen Gremien ausgehebelt und die Öffentlichkeit hat den Eindruck eines Machtzentrums, das von Hinterzimmerpolitik und Intransparenz geprägt sei. Wir fordern eine Abkehr von dieser Praxis, sodass

das Image der EU verbessert werden kann und die Entscheidungen dort getroffen werden, wo die parlamentarische Arbeit hingehört: in den Ausschüssen. Dafür ist es notwendig, die Ausschüsse zu vergrößern, die Anzahl der Mitarbeitenden je Fraktion zu erhöhen und die Ausschüsse mit Verhandlungsvollmachten auszustatten.

Wichtig ist es, die Transparenz-Bestrebungen in Brüssel weiter voranzutreiben. Das bisherige Transparenz-Register ist zu unverbindlich. Wir fordern strenge und einheitliche Transparenzregeln für das Parlament, die Kommission und für den Rat. Wir sind überzeugt, dass die Ausweitung der direkten Demokratie und eine Verbesserung der Transparenz zu einer stärkeren Identifikation mit dem europäischen Gedanken führt und das gemeinsame Agieren aller Europäerinnen über nationalstaatliche Grenzen hinweg fördert.

Lobbyismus ist zentraler Bestandteil jeder politischen Entscheidungsfindung, denn hierdurch fließen branchen- und fachspezifische Expertise in die Gesetzgebung mit ein. Wir möchten aber, dass NGOs maßgeblich einbezogen werden statt der bisherigen Dominanz der Wirtschaftsvertretungen. Hierfür braucht es klare Regelungen, die über Lobbyregister hinaus gehen. An jedem Gesetzgebungsprozess müssen nachweislich anerkannte Organisationen, die sich für Soziales, Demokratieförderung, Bildung, Menschenrechte, Verbraucherinnenschutz, Tierschutz und Umweltschutz einsetzen, stets mehr als die Hälfte der teilnehmenden Lobby-Vertretungen bei sämtlichen Anhörungen sein.

Wir fordern eine eigenständige europäische Regierung, die direkt von den EU-Institutionen vorgeschlagen, gewählt und ernannt wird, und nicht wie bisher als Europäische Kommission von den Regierungen der Mitgliedstaaten abhängig ist. Als zweite Kammer muss ein neuer "Rat der Regionen" als Nachfolge des Rats der Europäischen Union geschaffen werden. Die Europäischen Verträge sind für diese Reform anzupassen, was eine große Herausforderung darstellt. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Europäische Union auf diese Weise an Identifikationskraft und Handlungsfähigkeit gewinnt, was in einer globalisierten Zukunft entscheidend sein wird.

Mit dem Rat der Regionen werden die regionalen und lokalen Interessen vertreten und soll ein wichtiges Element der Machtverschränkung von unten etabliert werden. Die kommunalen und föderalen Instanzen der Mitgliedsstaaten entsenden ihre Vertretungen in den Rat der Regionen, um so bürgerinnennah wie möglich Einfluss nehmen zu können, wenn in der Europäischen Union Entscheidungen getroffen werden. Der Rat der Regionen benötigt neben dem Parlament und der Exekutive gleichrangige Kompetenzen. Diese Kompetenzen sollen insbesondere die Belange der Kommunen, Regionen und föderalen Subjekte betreffen, ohne politische Entscheidungen für die gesamte Europäische Union blockieren zu können. Wenn diese zweite Kammer als Nachfolge für den Rat gestärkt wird, sehen wir sehr gute Chancen dafür, dass die Europäische Union langfristig an Akzeptanz im Inneren gewinnt und infolgedessen globale Vorbildwirkung für Demokratie, Ethik und Nachhaltigkeit entfalten kann.

Mit nationalen Volksbefragungen hat die Europäische Union leidvolle Erfahrungen gemacht. Immer wieder wurde mit viel Populismus versucht, die europäische Integration zum Stoppen zu bringen. Doch wir sind der Ansicht: Gerade deshalb sollte die direkte Demokratie auf europäischer Ebene gestärkt werden, denn direkte Demokratie baut Vertrauen auf. Die Bürgerinnen spüren: Hier handelt kein bürokratisches Monstrum über unsere Köpfe hinweg, sondern wir selbst können die Europäische Union mitgestalten und wichtige Weichenstellungen vornehmen. Und auf gesamteuropäischer Ebene können populistische Volksverführer viel weniger ausrichten als auf nationalstaatlicher Ebene.

Schon jetzt existieren Instrumente der Bürgerinnenbeteiligung: Seit 2021 werden zufällig geloste Bürgerversammlungen auch in der Europäischen Union aktiv genutzt, damit sich die Meinungs- und Ideenvielfalt abbilden kann. Außerdem besteht die Möglichkeit, Petitionen ans Europäische Parlament zu stellen. Und bereits seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon existiert die Europäische Bürgerinitiative (EBI): Mit ihr können Bürgerinnen die Europäische Kommission auffordern, zu einem bestimmten Thema aktiv zu werden. Leider ist die EBI mit enormem bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden. Und eine verbindliche Einflussnahme auf eine politische Entscheidung geht von der EBI nicht aus.

Oftmals zeigen sich Initiatoren frustriert ob der wahrgenommenen Folgenlosigkeit.

Wir fordern daher eine Reform der Bürgerinnenbeteiligung. Es darf nicht sein, dass über eine Million Menschen grundlegende Veränderungen über europäische Bürgerinitiativen wollen, aber die Kommission daraufhin nicht tätig wird. Es muss eine Form der Verbindlichkeit geschaffen werden, sodass der Wille der Menschen nicht länger entgegen dem Zweck der Bürgerinitiativen ignoriert werden kann. Direktdemokratische Beteiligungsformen haben immer Vor- und Nachteile, aber wir sehen langfristig das Potenzial, dass die Menschen in der Europäischen Union die politische Ebene finden, die ihre Interessen am besten vertritt. Es braucht daher neben Wahlen auch weitere Abstimmungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Graden an Verbindlichkeit, je nach Politikbereich und Abstimmungsergebnis.

Ein weiterer Baustein für eine zukunftsfähige EU-Struktur ist ein reformiertes Wahlrecht. Hierfür müssen die europaweiten Parteien gestärkt werden, die über transnationale Listen gewählt werden können. Nationale Parteien sollen gar nicht mehr auf dem Stimmzettel stehen und nicht mehr die Wahlkämpfe in den Mitgliedsstaaten bestreiten können. Ein einiges Europa braucht ein einheitliches Wahlrecht, bei dem alle Wahlberechtigten das gleiche Stimmgewicht für dieselben europaweiten Listen haben. Das Spitzenkandidatenprinzip hat zudem Schaden erlitten, weshalb es notwendig ist, es im Sinne einer fundierten Wahlentscheidung verbindlicher zu regeln.

Wir fordern auch einen deutlichen Abbau der Ressourcenverschwendung. Wir möchten weg von der Pendelei zwischen den Standorten der EU-Institutionen und eine sichere, flexible, bürgerinnen- sowie arbeitnehmerinnenfreundliche Digitalisierung. Straßburg kann nicht länger als Sitz des Parlaments fungieren, obwohl die Abgeordneten die meiste Arbeitszeit in Brüssel verbringen, wo auch die Kommission und die meisten anderen wichtigen Institutionen und Organisationen ihren Sitz haben.

Grundsätzlich möchten wir, dass die Europäische Union ausgebaut wird. Unser Ideal ist ein föderaler europäischer Bundesstaat, in dem das

Subsidiaritätsprinzip gilt. Wir möchten die Erweiterung um weitere Mitglieder und den Wiedereintritt von Großbritannien und Nordirland. Dies lässt sich nur realisieren, wenn die Europäische Union mehr Demokratie und Föderalismus gewährt, zugleich aber eine wichtigere Rolle in der Welt einnimmt und verstärkt bilaterale Abkommen eingeht.

Die Europäische Union benötigt zudem eine Verfassung, in der die grundlegenden Strukturen, Prinzipien und Werte verankert sind. In dieser Verfassung müssen die demokratischen, rechtsstaatlichen, menschenrechtlichen, sozialen, ökologischen und ethischen Grundlagen als unveränderliche Grundpfeiler europäischer Politik enthalten sein. Der Verfassungsgebungsprozess ist durch aktive Bürgerinnenbeteiligung in allen Regionen der EU einzuleiten und durch eine europaweite Abstimmung zu legitimieren.

Europaweites Zugnetz

Schnelle Direktverbindungen zwischen den Metropolen Europas wären für viele Reisende ein Anreiz zum Umstieg vom Flugzeug auf die Bahn und ein wichtiger Schritt zur Klimaneutralität in Europa. Doch genau daran mangelt es noch. Seit Jahrzehnten hat die Bahn in den meisten EU-Mitgliedsstaaten an Bedeutung verloren, da der Fokus auf Straße und Luftfahrt gelegt wurde. Jedoch würde eine effiziente und zuverlässige transeuropäische Bahn den Tourismus innerhalb Europas fördern, da Reisende bequem und umweltfreundlich verschiedene Länder und Regionen erkunden könnten, welche über die Erreichbarkeit mit dem Flugzeug hinaus gehen. Dies stärkt den kulturellen Austausch und wirtschaftliche Aktivitäten. Durch ein gut ausgebautes Schienennetz wird sich zudem mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern, was zu einer Entlastung der Straßen führt. Weiterhin sorgt der Ausbau des Schienennetzes für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Baubranche, im Transportwesen und in der Schienenfahrzeugindustrie. Dies trägt zur Stärkung der europäischen Wirtschaft und zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen bei.

Unser Ziel ist es, ein effizientes, nachhaltiges und gut vernetztes Schienennetz in ganz Europa zu schaffen. Wir setzen uns für eine moderne, umweltfreundliche und bequeme Art des Reisens ein, welche die Bedürfnisse der Bürgerinnen sowie die Anforderungen an den Klimaschutz erfüllt.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir massive Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Dies beinhaltet neben dem Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken, die Reaktivierung und Modernisierung von bestehenden Gleisen sowie der Schaffung von intermodalen Verknüpfungspunkten auch barrierefreie Bahnhöfe, Züge und Dienstleistungen, um die Mobilität für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien zu erleichtern.

Die Verbesserung und Ausweitung des europäischen Schienennetzes erfordert eine zentrale Planungs- und Koordinationsstelle, welche die Zusammenarbeit der Länder und Institutionen steuert. Wir setzen uns dafür ein, grenzüberschreitende Kooperationen zu stärken und gemeinsame Standards zu entwickeln, um einen nahtlosen und effizienten Schienenverkehr in ganz Europa zu gewährleisten.

Magnetschwebbahnen in die europäische Verkehrsplanung integrieren

Wir wünschen uns neue und kreative Ansätze in der europäischen Verkehrsplanung: so könnten über Magnetschwebbahnen realisierte Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den Metropolen Europas die Reisezeiten zusätzlich verkürzen und gleichzeitig der Reisekomfort erhöht werden, womit eine wirkliche Alternative zum Flugverkehr entstehen würde. Der Transrapid war einst Inbegriff deutscher Spitzentechnologie – aktuell erlebt die Magnetschwebbahn-Technik in der Volksrepublik China einen Durchbruch. So sollen Passagiere den Angaben zufolge mit einer neuen Bahngeneration mit einer Höchstgeschwindigkeit von 600 km/h von Shanghai aus innerhalb von zweieinhalb Stunden die mehr als 1200 Kilometer entfernte Hauptstadt Peking erreichen. Derartige Angebote auf

europäischem Boden könnten dabei mehr Schienenkapazität für den Güterverkehr ermöglichen und sollen in keiner Konkurrenz zum schienengebundenen ÖPNV stehen, weswegen ein Einsatz primär im EU-weiten Fernverkehr und keinesfalls innerstädtischen fokussiert werden sollte.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Forderungen auf:

- Förderung von weiterer Forschung zu dieser Technologie an europäischen Hochschulen
- Konzipierung von neuen Hochgeschwindigkeits-Fernstrecken zwischen europäischen Metropolen als Alternative zum innereuropäischen Flugverkehr.
- Ausschließliche Nutzung regenerativer Energien durch direkte Mitplanung von Photovoltaik-Flächen in die Streckenführung
- Prüfung der Verwendung einer europaweit höheren Kerosin-Besteuerung zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen.

Bildung und Bildungsmanagement

Bildung ist weit mehr als nur ein Mittel zur Wissensvermittlung; sie ist ein Schlüssel für persönliches Wachstum, gesellschaftlichen Wandel und nachhaltige Entwicklung. Unser Ansatz für ein bildungsorientiertes Europa konzentriert sich darauf, die individuellen Anforderungen jeder:s Einzelnen zu berücksichtigen und das Prinzip des lebenslangen Lernens als ein universelles Recht zu etablieren. Wir streben danach, ein Bildungssystem zu schaffen, das jedem Menschen die Möglichkeit gibt, sein eigenes Potenzial zu entdecken und aktiv zum gesellschaftlichen Leben beizutragen.

Wir setzen uns dafür ein, innovative Lehrmethoden zu unterstützen. Konzepte wie Blended Learning, welche die Anerkennung von informell erworbenen Fähigkeiten einschließen, sollen auf individuelle Bedürfnisse und verschiedene Lebensphasen abgestimmt sein. Bildung sollte ein universell zugängliches Recht sein, kein exklusives Privileg. Unser Ziel ist

eine Bildungslandschaft, die Barrieren abbaut und individuelle Förderung in den Vordergrund stellt. Dies soll allen Menschen gleiche Bildungschancen eröffnen. Freier Zugang zu Wissen und die Förderung von Open Educational Resources (freie Lern- und Lehrmaterialien mit einer offenen Lizenz) sind hierfür unerlässlich, um Wissen für alle zugänglich zu machen.

In einer Ära, in der Fehlinformationen weit verbreitet sind, ist es entscheidend, kritisches Denken und die Fähigkeit zur Bewertung von Informationen zu fördern. Daher ist es wichtig, die Qualität von Wissen und Bildungsressourcen kontinuierlich zu überprüfen und zu verbessern.

Die finanzielle Aufwertung des Bildungsbereichs ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Wir verpflichten uns, den Bildungssektor umfassend zu unterstützen und qualitativ hochwertige Bildung für alle Bürgerinnen der EU und darüber hinaus zu gewährleisten. Dies schließt die finanzielle Förderung von Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen ein, von der frühkindlichen Erziehung bis hin zu Universitäten.

Die Europäische Union muss noch weit stärker das Bildungsbudget ausbauen. Derzeit wird nur ein Bruchteil des EU-Haushalts für diesen Bereich verwendet. Dabei sind insbesondere Austauschprogramme und Auslandsaufenthalte von elementarer Bedeutung und tragen zur Etablierung einer europäischen Identität für ganze Generationen bei.

Abschließend lassen sich folgende politische Forderungen formulieren:

- Lebenslanges Lernen als Grundrecht etablieren: Förderung des Zugangs zu Bildung für Menschen aller Altersgruppen
- Innovative Lehrmethoden fördern: Unterstützung von Blended Learning und Anerkennung informell erworbener Kompetenzen
- Barrierefreie und inklusive Bildung für alle: Abbau von Hindernissen und individuelle Förderung zur Gewährleistung gleicher Bildungschancen
- Freien Zugang zu Bildungsressourcen sicherstellen: Förderung von Open Educational Resources, um Wissen allen zugänglich zu machen

- Förderung kritischen Denkens: Entwicklung von Kompetenzen zur Unterscheidung von verlässlichen Informationen und Falschmeldungen oder Halbwahrheiten.
- Finanzielle Stärkung des Bildungssektors: Ausbau der finanziellen Unterstützung für Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen
- Weiterentwicklung der internationalen Anerkennung von Bildungsabschlüssen, insbesondere bezüglich von Abschlüssen aus Drittländern
- deutliche Anhebung des Bildungsbudget im EU-Haushalt

Europäische Weltraumforschung - Internationale Teilhabe forcieren

Im Jahr 2021 verabschiedete der Rat und das Europäische Parlament eine Verordnung zur Aufstellung des neuen EU-Weltraumprogramms für Zeit bis 2027. Darin enthalten sind u. a. das Galileo Satellitennavigationssystem, das Erdbeobachtungssystem Copernicus und EGNOS als System zur Übertragung sicherheitskritischer Dienste für die Navigation an Land, auf dem Wasser und in der Luft. Der europäische Einsatz im Weltraum erweitert die Grenzen von Wissenschaft und Forschung und schafft durch den Einsatz hoch entwickelter Messinstrumente die Grundlage, um beispielsweise den Klimawandel zu verfolgen, eine bessere Vorwarnung bei Naturkatastrophen zu ermöglichen und durch exakter Positionsangaben auch den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu minimieren.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde der technologische Fortschritt im All stets durch Tierleid vorbereitet und begleitet. Was mit dem Rhesusaffen Albert II. als erstem Säugetier im All im Jahr 1949 und der gescheiterten Rückkehr aus gut 130 Kilometern Höhe aufgrund eines nicht öffnenden Fallschirms begann, setzte sich nahtlos mit der Hündin Laika fort, welche als erstes Tier in der Erdumlaufbahn nach rund sieben Stunden verstarb. Ursprünglich geplant war es, sie zehn Tage nach dem Start durch vergiftetes Futter einzuschläfern. Leider stellt dies keine rein historische Betrachtung dar, im Jahr 2013 verkündete die iranische Regierung erfolgreich einen Affen ins All geschossen zu haben, dem sollen eine Ratte, Schildkröten und

Insekten vorangegangen sein. Kämpften in den 1950ern Jahren noch die Sowjetunion und die USA um eine weltweite Vormachtstellung und Anerkennung durch ihre Raumfahrtprogramme, so streben in den letzten Jahren viele andere Länder den Weltraum. Pläne, die vermutlich noch viele Tierschicksale mit sich ziehen werden.

Aber neben Tierleid birgt die Raumfahrt auch große Nachteile für das Klima, so warnen Forschende der TU Braunschweig davor, dass Partikel und Gase von Raketenkörpern und Satellitentrümmern nach Wiedereintritt in alle Schichten der Atmosphäre gelangen – auch in die Stratosphäre mit der Ozonschicht, die die Erde vor UV-Strahlung schützt. Fachleute erwarten eine enorme Steigerung der Klimabelastung auch durch den aufkommenden Weltraumtourismus, den Firmen wie Space-X, Blue Origin und Virgin Galactic planen. Forschende des University College in London haben errechnet, dass drei Jahre Weltraumtourismus ausreichen können, um doppelt so viele klimaschädliche Emissionen zu erzeugen wie sämtliche wissenschaftliche Weltraummissionen zusammen.

Durch die stetig steigenden Aktivitäten in der Erdumlaufbahn nimmt aber auch das Ausmaß an Satelliten und Müll stetig zu, was zu einer Überfrachtung des Weltraums führt, die die Sicherheit der Weltraumressourcen der EU und der Mitgliedstaaten gefährdet. Seit den 1960er Jahren sind im Rahmen von rund 6.200 Starts über 13.100 Satelliten in die Umlaufbahn gebracht worden, von denen aktuell 5.800 in Betrieb sind. Auch im All ist Lichtverschmutzung ein Thema, so haben Forschende ermittelt, dass künstliche Objekte wie beispielsweise die Starlink-Satelliten für den Internetzugang in einer niedrigen Erdumlaufbahn den Nachthimmel um etwa zehn Prozent aufgehellt haben. Dies ist so stark, dass man nirgends mehr von einem ungetrübten Blick ins All sprechen könne. Dass neben dem Unternehmen SpaceX mit seinen geplanten 42.000 Satelliten auch anderen Anbieter ähnliche Pläne haben, verlangt nach einer dringenden Intervention durch die Politik.

Im Rahmen eines neuen Weltraumprogramms ab 2028 werden wir im Europäischen Parlament darauf hinwirken, dass dies zum einen mit einem vollständigen Verzicht auf Tierversuche einhergehen muss, die

Bemühungen, wiederverwendbare Komponenten einzusetzen, intensiviert werden müssen. Auch ein vollständiges Verbot jeder touristischen Nutzung des Weltraums muss darin verankert werden, denn dies darf kein neues Prestigeobjekt für Superreiche werden. Die von der EU im Jahr 2022 erlassenen Maßnahmen zum Weltraumverkehrsmanagement und zur Stärkung der Fähigkeiten der EU zur Weltraumüberwachung müssen intensiviert und weiter ausgebaut werden, sodass schlüssige Konzepte zur „Entmüllung“ entwickelt werden können. Weiter muss die internationale Kooperation vorangetrieben werden, um Drittstaaten, die Partizipation an Errungenschaften der europäischen Weltraumforschung und Teilhabe an zukünftigen Missionen zu ermöglichen, um so eigene Programme obsolet zu machen.

Hinweisgeberinnen (Whistleblower) und Pressefreiheit schützen.

Um die Bevölkerung aufzuklären, den öffentlichen Diskurs zu ermöglichen, die Demokratie und geltendes Recht zu schützen, sind wir auf Hinweisgeberinnen und Journalistinnen angewiesen, welche Missstände, Fehler und Verbrechen auch von Regierungen, Unternehmen und Organisationen aufdecken. Das Beschaffen und Veröffentlichen solcher sensiblen Informationen liegt im öffentlichen Interesse und zählt zu den Kernaufgaben des Journalismus.

Der Fall des Julian Assange, um nur ein tragisches bekanntes Beispiel von vielen zu nennen, zeigt eindrücklich, wie mit massiven Diffamierungskampagnen und menschenrechtswidrigen Mitteln sowie drakonischen Strafen versucht wird, zukünftige Hinweisgeberinnen und Journalistinnen abzuschrecken, nach den gesellschaftlichen Werten, Rechten und ihren Aufgaben als Journalistinnen zu handeln. Daher möchten wir auf europäischer Ebene ein Bewusstsein schaffen, durch Gesetze, europäische Außenpolitik, Asyl und Sanktionen Journalistinnen und Hinweisgeberinnen vor Repressionen schützen, die Pressefreiheit verteidigen und zur internationalen Solidarität aufrufen. Hierzu möchten wir

auch die Einrichtung von unabhängigen Ombudsstellen und Bereitstellung sicherer und vertraulicher Whistleblower-Meldeplattformen unterstützen.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz steht für eine transparente Informationskultur und Aufklärung. Hinweisgeberinnen und Journalistinnen müssen sich auf die Rechtsstaatlichkeit und Solidarität der gesamten Europäischen Union verlassen können. EU-Gelder müssen zurückgehalten werden, wenn Mitgliedstaaten Menschenrechte oder die Pressefreiheit systematisch verletzen.

Gender-Gap schließen

Leider gibt es in unserer heutigen Gesellschaft noch immer eine geschlechtsspezifische Ungleichheit. Diese Diskrepanzen treten in verschiedenen Lebensbereichen auf, darunter Bildung, Arbeitsmarkt, Einkommen, politische Vertretung und Gesundheitsversorgung.

So werden z. B. Sicherheitssysteme in Autos auf den Durchschnittsmann angepasst, die Diagnostik und medizinischen Behandlungen von Krankheiten größtenteils an Männern erforscht und darauf basierend in medizinischen Fachbüchern vermittelt. (Gender Data Gap und Gender Health Gap) Frauen werden oft noch für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt (Gender Pay Gap) und durch veraltete patriarchalische Strukturen bei Aufstiegschancen in Führungspositionen weniger berücksichtigt (Gender Leadership Gap). Auch sind Frauen z. B. in der Politik unterrepräsentiert und in Entscheidungsprozesse wie z. B. der Stadtplanung weniger eingebunden. Dies führt dazu, dass ihre Perspektiven und Bedürfnisse nicht angemessen berücksichtigt werden. Zudem führen traditionelle Geschlechterrollen häufig zu einer ungleichen Verteilung von Hausarbeit, Kinderbetreuung und familiären Verpflichtungen. (Gender Care Gap, Gender Pay Gap und Gender Pension Gap)

Das Schließen der sogenannten Gender-Gap (Geschlechterkluft) ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. Hierbei ist wichtig, die geschlechtsspezifischen Unterschiede und Ungleichheiten anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um gleiche

Chancen und Rechte für Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht sicherzustellen.

Für die Geschlechtergleichstellung in Politik, Wirtschaft, Bildung, Forschung, Medizin und Gesellschaft fordern wir:

- Gleiches Gehalt für gleiche Leistung
- Gehaltsunterschiede müssen statistisch und betrieblich offengelegt und begründet werden
- Frauenquote in Konzern- Führungspositionen und bei politischen Vertretungen
- Altersarmut bekämpfen (u. a. durch Förderung von Bildungsprogrammen zur finanziellen Bildung und Vorsorge)
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern
- Kinder-, Kranken- und Altersbetreuung ausbauen und finanzieren (ambulante Pflege, Pflegeheime...)
- Angebot und Finanzierung von Schulungen, um Männer mehr in die Erziehung und die Elternzeit einzubinden.
- Thema der mentalen Auslastung mehr Bedeutung zuweisen
- wissenschaftliche Studien nach Geschlecht aufschlüsseln, eventuell ältere Studien wiederholen.
- bei medizinischen Studien Hormonzyklus mit einbeziehen.
- Gendermedizin im Grundstudium, Medizin und Pharmazie verpflichten (als Voraussetzung für Forschungsgelder)
- Geschlechtergerechte und inklusive Gestaltung der städtischen Umgebung
- Bei Planungen weibliche Perspektiven und Bedürfnisse ausreichend berücksichtigen (z. B. Sicherheitsempfinden)

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist sich bewusst, dass einige der genannten Forderungen auf Kommunal-, Landes, Bundesebene umzusetzen sind, doch auch überzeugt, dass Entscheidungen auf europäischer Ebene sowie europäische Förderprogramme bzw. Fördergelder und europaweite Aufklärungskampagnen, direkten und indirekten Einfluss nehmen können. Zudem können gewisse Rahmenbedingungen als

Voraussetzung für den Erhalt von Forschungsgeldern und Subventionen gesetzt werden.

KI: Forschung und Reglementierung

Künstliche Intelligenz (KI) ist auf dem Vormarsch: Sie hat in der gegenwärtigen Ära des technologischen Fortschritts eine Schlüsselrolle eingenommen, die eine Vielzahl von Chancen und Herausforderungen in unserem sozialen Gefüge aufwirft. In Bereichen wie Medizin, Bildung, Verkehr und Wirtschaft entfaltet sie ihr Potenzial und ermöglicht innovative Lösungen für komplexe Herausforderungen. Die KI-basierte Analyse von medizinischen Daten verbessert die Diagnosegenauigkeit, intelligente Bildungstechnologien individualisieren Lernprozesse, autonome Fahrzeuge erhöhen die Verkehrssicherheit und intelligente Algorithmen revolutionieren die Effizienz in der Wirtschaft.

Die rasante Entwicklung von Künstlicher Intelligenz bringt nicht nur Fortschritt, sondern auch ernsthafte Risiken mit sich. Eine der wesentlichen Gefahren liegt in der unkontrollierten Verbreitung von autonom agierenden KI-Systemen. Diese Systeme können potenziell Entscheidungen treffen, die nicht im Einklang mit unseren menschlichen Werten und Ethik stehen. Beispiele dafür reichen von diskriminierenden Algorithmen in der Personalabteilung bis hin zu autonomen Waffensystemen, die außer Kontrolle geraten könnten. Insbesondere die Gefahren und Chancen der Künstlichen Allgemeinen Intelligenz (AGI) und die gefährlichen Vernichtungspotenziale bei Kriegswaffen sind zu erforschen.

Ein weiteres bedeutsames Risiko ist der Datenschutz. Die Verarbeitung großer Mengen persönlicher Daten durch KI-Algorithmen birgt die Gefahr von Missbrauch und Verletzung der Privatsphäre. Wenn diese Informationen in falsche Hände geraten und für manipulative Zwecke genutzt werden, kann dies erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen haben. Es bestehen neben vielen Vorteilen durch KI auch die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch Automatisierung und den Einsatz von Robotern. Während KI viele Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung bietet, könnte das auch zu

strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen, was wiederum soziale Ungleichheiten verstärken könnte. Problematisch ist weiterhin der immense Energieverbrauch von KI-Systemen, insbesondere von großen Rechenzentren. Dieser Energiehunger stellt auch eine Belastung für unsere Ressourcen dar. Um den Energieverbrauch von Künstlicher Intelligenz greifbar zu machen: Das Training eines Spracherkennungsmodells für nur eine Stunde kann so viel Energie verbrauchen wie ein durchschnittliches Auto auf einer 240 Kilometer langen Fahrt.

Es ist daher von höchster Bedeutung, die Entwicklung und Nutzung mit einem bewussten und vorsichtigen Ansatz zu steuern. Hier muss die Europäische Union gemeinsame Forschungseinrichtungen etablieren und fördern. Aber auch KI-Start-Ups, die ethisch-ökologische Zielstellungen erfüllen, sind durch öffentliche Gelder zu fördern, sodass sich in Europa entsprechend Wissen und Anwendung entwickelt. Um die Potenziale verantwortungsbewusst zu nutzen und die Risiken zu minimieren, schlagen wir folgende Maßnahmen und Reglementierungen vor:

- **Energieeffizienz fördern:** Die EU sollte Forschung und Entwicklung im Bereich energieeffizienter KI-Technologien finanziell unterstützen, um den Energieverbrauch zu minimieren.
- **Ethische Standards:** Klare Standards für den Einsatz von KI-Systemen müssen durchgesetzt werden, um sicherzustellen, dass ethische Grundsätze gewahrt bleiben.
- **Internationale Zusammenarbeit:** Die EU sollte sich für eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen einsetzen, um globale Standards für KI-Forschung und -Anwendung zu entwickeln.
- **Bildung und Qualifikationen:** Investitionen in Bildung und Qualifizierung sind entscheidend, um sicherzustellen, dass die Gesellschaft die Möglichkeiten und Herausforderungen von KI versteht und bewältigen kann.
- **Haftungsregelungen:** Es ist wichtig, klare Haftungsregelungen zu schaffen, um die Verantwortlichkeit bei möglichen Schäden durch

KI-Anwendungen zu klären und den Schutz der Verbraucherinnen zu gewährleisten.

Digitalisierung

Die Digitalisierung der Gesellschaft nimmt immer rasanter zu und stellt alle vor ganz neue Herausforderungen. Es ist daher dringend in Forschung und Entwicklung zu investieren, um auch potenzielle Risiken absehbar zu machen und um frühzeitig gegenzusteuern.

Europaweit sind die digitalen Prozesse in Wirtschaft und Verwaltung stärker auszuschöpfen. Dies dient sowohl der Effizienz als auch ökologischen Zielen. Allerdings werden die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit immer größer, da Cyberkriminelle ihren technischen Vorsprung ausnutzen und ganze Verwaltungen und Betriebe lahmlegen können. Hier braucht es europäische Kraftanstrengungen und eine forcierte Zusammenarbeit, um Schritt halten zu können. Ein Zurück in eine rein analoge Welt kann es nämlich nicht geben.

Arbeitnehmerinnen müssen ein Recht auf Home-Office erhalten. Zugleich müssen persönliche Gespräche weiterhin möglich bleiben, insbesondere in Bereichen, in denen der menschliche Kontakt wichtig ist, etwa in der Pflege. Aber auch im Bildungs- und Erziehungsbereich gibt es negative Auswirkungen. Der Schulalltag darf nicht durch Digitalisierung derart verändert werden, dass die Schülerinnen durch Konzentrationsstörungen, Sucht, Mobbing und Vereinsamung leiden. Vielmehr muss die Schule auch frühzeitig und umfassend über Risiken und Gefahren im Internet aufklären.

Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Auswirkungen der KI, bei den Bürgerinnenrechten (E-Government, Transparenz, Sicherheit) zu koordinieren, ist die Schaffung eines selbstständigen EU-Kommissionspostens für Digitalisierung sinnvoll.

Zur digitalen Sicherheit gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationale Zusammenarbeit ausgeweitet wird. Vorwiegend stellen Hate Speech, Fake News und Deepfakes (Hasssprache, Falschmeldungen und gefälschte Ton-/Bildaufnahmen) große Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, weshalb hier Unternehmen schneller Löschungen durchführen müssen und es gesetzliche internationale Vorgaben benötigt.

Digitale Währungen bringen weitere Herausforderungen mit sich. Sie sind oft mit Kriminalität und Umweltzerstörung verknüpft. Hier sind innovative Lösungen auf europäischer Ebene zu fördern, die ethischen Ansprüchen genügen, öffentlicher Mitbestimmung unterliegen und zugleich möglichst viele Vorteile von digitalen Techniken nutzen.

4-Tage-Woche in ganz Europa

Laut EU-Richtlinien (2003/88/EG) ist es maximal erlaubt, 48 Stunden in der Woche zu arbeiten. Nicht ohne Grund spricht man von Arbeitsleben und Privatleben. Die Arbeit nimmt hinsichtlich der Zeit und Kraft in den meisten Leben einen Platz weit vorne ein, wenn nicht sogar den vordersten. Daher hat sich in den letzten Jahren ein neuer Arbeitstrend etabliert: die Vier-Tage-Woche. Pilotprojekte, großflächige Experimente und wissenschaftliche Forschungen sowie Analysen stellen die Sinnhaftigkeit aktueller Arbeitsbedingungen infrage und finden inzwischen heraus: Es muss sich etwas ändern. Gesundheit und Produktivität machen oftmals Abstriche aufgrund aktueller arbeitsrechtlicher Strukturen in den Mitgliedsländern. Deswegen orientieren sich viele Länder in Europa innerhalb der vorhandenen EU-Regelungen an dem neuen Konzept

Die Grundidee hinter der Vier-Tage-Woche scheint simpel zu sein: gleiches Gehalt für weniger Arbeitszeit bei gleicher Leistung. Das muss aber nicht zwingend heißen, dass das Arbeitspensum verringert werden soll, so wurde beispielsweise in Belgien die Zahl der Arbeitstage verringert, dafür allerdings die fehlende Zeit auf die restlichen Tage aufgestockt. An anderen Stellen in Europa wurde dies aber nicht getan, sondern die Zeit im Ganzen

reduziert. Alle derartigen Planungen auf EU-Ebene sollten stets die Gefahr von Überlastung im Auge behalten, die besteht, wenn ein gleiches Arbeitspensum in weniger Zeit zu schaffen ist.

Durch die Verringerung der Arbeitstage kann auf Seiten der Mitarbeiterinnen eine bessere Work-Life-Balance hergestellt werden. Die Menschen haben mehr Zeit für ihr Privatleben, gerade bei Fällen, wo sich die Arbeitszeit insgesamt verkürzt. In Belgien gibt es seit Kurzem das Recht von Arbeitnehmerinnen, dass sie sich aussuchen können, ob sie auf eine Vier-Tage-Woche umstellen wollen oder nicht. Dort versuchte man zudem, mit der Herangehensweise die Arbeitslosenquote zu senken, was ein Effekt der Strategie sein könnte. Am Beispiel von Japan lässt sich zeigen, dass dort wegen hoher Arbeitsintensität und -dauer vermehrt Krankheiten, höhere Suizidraten oder Tode durch Überarbeitung vorzufinden sind, die durch eine gesündere Ausbalancierung von Arbeitsdimension und Privatleben verringert werden können. Auch in Island, der Nation mit dem bisher größten Projekt weltweit (2015 – 2019), konnte gezeigt werden, dass durch eine entsprechende Senkung Stress und Burnouts abnahmen. Zudem konnte etwa in Japan eine Produktivitätssteigerung erfasst werden, wie am Beispiel von Microsoft. Dort konnte man sogar mit einer Drei-Tage-Woche eine Erhöhung der Effizienz von 40 % bilanzieren.

Wir fordern daher auf europäischer Ebene, vor allem mit Blick auf die Gesundheit der Menschen, aber auch hinsichtlich möglicher Produktivitätssteigerung, dass weitere Projekte durchgeführt und von wissenschaftlicher Begleitung sowie staatlicher Finanzierung unterstützt werden. Eine derartige Forschung ist ein Langzeitprojekt, was sich aber schon jetzt durch etliche Experimente und Analysen als vielversprechend erweist. Dabei müssen auch Differenzierungen eingebaut werden können, denn Verwaltung, Logistik, Industrie oder Dienstleistungen weisen in den Ländern verschiedene Merkmale auf, die es zu beachten gilt. Anstehende Projekte sind also in allen EU-Mitgliedsländern zu befürworten und zu fördern.

Ähnlich zum Homeoffice-Thema, sollen Arbeitnehmerinnen europaweit da, wo es möglich und sinnvoll ist, frei entscheiden können, unter welchen

zeitlichen Konditionen sie arbeiten wollen. Bei einer Verkürzung muss jedoch gewährleistet werden können, dass der Stand der Leistung erhalten bleibt. Seitens der Arbeitgeberinnen darf es bei gleicher Leistung in weniger Zeit keinesfalls zu Lohnsenkungen kommen.

Recht auf Natur

Der Mensch hat ein Grundbedürfnis nach Natur; sie tut ihm gut. Der positive Einfluss von Natur auf die Psyche ist wissenschaftlich belegt. Trotzdem werden Naturerlebnisse in den Ländern der EU immer schwieriger. Die Nutzung von Feld, Wald und Gewässern und ihre Beeinträchtigungen durch Verkehr und Landwirtschaft machen das Erleben von Wildnis und Wildtieren praktisch unmöglich.

Mit Natur muss nicht immer Urwald gemeint sein. Auch forstwirtschaftlich genutzte Flächen können bei naturnaher Bewirtschaftung Naturerlebnisse ermöglichen. Und selbst innerstädtisch sind sich selbst überlassene, nicht ökonomisch genutzte Flächen sinnvoll. Gerade Kinder brauchen solche freien Flächen. Gleichwohl sind ungenutzte stadtnahe oder städtische Flächen als Erfahrungsort für Kinder in den letzten Jahrzehnten um 75 % geschrumpft. Wir fordern ein Recht auf Natur aller Menschen, das bei politischen Entscheidungen geachtet und geschützt werden muss.

Klimaschutz

Klimaschutz ist eines der drängendsten Themen unserer Zeit und steht im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms für die EU-Wahlen. Als Partei Mensch Umwelt Tierschutz verstehen wir Klimaschutz als eine Aufgabe, die entschiedenes und vor allem sofortiges Handeln erfordert. Unser Ziel ist es, den Übergang zu einer nachhaltigen, kohlenstoffarmen Gesellschaft zu beschleunigen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

Aktuelle Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes sind vielfältig und global. Der stetige Anstieg der Treibhausgasemissionen, die fortschreitende Erderwärmung und die damit einhergehenden extremen Wetterereignisse zeigen, dass wir am Scheideweg stehen. Wir müssen unsere Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik grundlegend überdenken und neu ausrichten.

Besonders dringliche Handlungsfelder sind die Energieerzeugung, Mobilität, Landwirtschaft und die Industrie. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss beschleunigt, der Energieverbrauch reduziert und die Energieeffizienz gesteigert werden. Im Bereich der Mobilität setzen wir uns für eine Verkehrswende ein, die den öffentlichen Nahverkehr stärkt und den Individualverkehr reduziert. In der Landwirtschaft muss der Fokus auf nachhaltige und ressourcenschonende Methoden gelegt werden, die zugleich tierrechtlichen Forderungen entsprechen sollen. Die Industrie muss durch innovative Technologien und strenge Umweltstandards zum Klimaschutz beitragen.

Wir stellen folgende politische Forderungen auf:

- Beschleunigung der Energiewende: Konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien und Schließung der letzten Kohlekraftwerke in der EU
- Förderung nachhaltiger Mobilität: Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Förderung von Fahrrad- und Fußverkehr sowie Investitionen in emissionsarme Fahrzeugtechnologien

- Unterstützung klimafreundlicher Landwirtschaft: Förderung von ökologischer Landwirtschaft, nachhaltigen Anbaumethoden; grundsätzlich stehen wir für eine tierleidfreie Landwirtschaft
- Strenge Umweltstandards für die Industrie: Einführung von CO₂-Abgaben und Förderung von umweltfreundlichen Technologien in der Industrie
- Erhöhung der Energieeffizienz: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und bei der Produktion
- Stärkung der Klimaforschung und -bildung: Investition in Forschung und Bildungsprogramme, um das Bewusstsein für Klimaschutz zu stärken und innovative Lösungen zu entwickeln

Unser Engagement für den Klimaschutz ist tief verwurzelt in dem Wunsch, eine lebenswerte Zukunft für alle Lebewesen und kommende Generationen zu sichern. Wir sind überzeugt, dass durch vereinte Anstrengungen auf europäischer Ebene signifikante Fortschritte im globalen Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel erzielt werden können.

Klimafolgenanpassung

Die Klimakatastrophe kündigt sich derzeit durch steigende Temperaturen und häufigere Extremwetterereignisse an. Wir müssen alles tun, um sofort den Ausstoß von Treibhausgasen hin zur Klimaneutralität zu minimieren. Zugleich sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen der Klimaänderungen abzumildern. So kann konkret Leben geschützt werden.

Neben intensiven Aufklärungskampagnen zur Klimapolitik sind auch Informationen notwendig, wie man den gesundheitlichen Gefahren durch Extremwetter entgegensteuern kann. Insbesondere hochvulnerable Personengruppen müssen vor Hitze, Starkregen, Hochwasser und Trockenheit so geschützt werden, dass sie im Alltag Maßnahmen ergreifen können. Zudem muss Pflege- und Erziehungspersonal geschult werden, um beispielsweise bei Hitzewellen stets ausreichend Flüssigkeit zu verabreichen.

Das Konzept der Schwammstädte ist europaweit voranzutreiben. Die Versiegelung muss gestoppt werden und eine Politik der Entsiegelung einsetzen, die Wasser nicht mehr kanalisiert, sondern natürlich abfließen und absickern lässt. Multifunktionale Retentionsflächen (Flächen für Wasserspeicherung und -ableitung) sind öffentlich zu fördern und in der Raum- und Stadtplanung verpflichtend zu prüfen und möglichst einzurichten.

Zudem sind vermehrt schattenspendende Bäume, also vornehmlich großkronige Laubbäume, zu pflanzen, Grünflächen in den Städten auszuweiten und Trinkwasserspender aufzustellen. Wichtig sind auch europaweite Vorgaben zur Fassaden- und Dachbegrünung, da diese im Sommer kühlen und im Winter wärmen sowie zum Artenschutz beitragen. Bei Bauvorhaben sollten Materialien zum Einsatz kommen, die geringstmögliche Klimaschädlichkeit aufweisen und zugleich im Sommer hitzeabweisend wirken. So muss insbesondere die Verwendung von Stahlbeton massiv reduziert werden. Keller müssen verstärkt gegen Überflutung geschützt werden.

Auf regionaler und lokaler Ebene sind Klimafolgeprognosen verpflichtend zu erstellen, sodass Raum- und Stadtplanung auch langfristig so konzipiert sind, dass künftige Extremwetterereignisse, der Anstieg des Meeresspiegels und steigende Temperaturen berücksichtigt sind. Es muss stets berücksichtigt werden, dass keine Neubauten dort genehmigt werden, wo voraussichtlich in einigen Jahrzehnten ein steigender Meeresspiegel Schäden anrichten wird. Hier müssen europaweite Vorgaben erstellt und durchgesetzt werden.

Gewässer jeglicher Art müssen so geschützt werden, dass Hitzeschäden weniger Auswirkungen haben. Algenblüte und Fischsterben sind bereits gravierende Probleme, die weit stärker als bislang bekämpft werden müssen. Zusätzlich muss es gelingen, dass der Anstieg der globalen Temperaturen nicht weitere Gefahren mit sich bringt. Das bedeutet konkret, dass ständige Untersuchungen der Gewässer vorgenommen, die Einleitungen von gefährlichen Stoffen strafrechtlich streng verfolgt werden

und beispielsweise landwirtschaftliche Flächen deutlicheren Abstand zu Gewässern aufweisen müssen.

Agrarpolitik

Das Agrarbudget ist das größte Budget der Europäischen Union, noch vor Wirtschaft, Soziales oder Bildung. Jedes Jahr werden über 60 Milliarden Euro dafür ausgegeben, die Landwirtschaft zu unterstützen. Dies hat seine Ursache in der Historie der EU, die sich vor allem als Wirtschaft stabilisierende Institution gründete. Insbesondere die ständig schwankenden Lebensmittelpreise und damit einhergehenden Unsicherheiten für die Landwirtinnen und Verbraucherinnen sollten aufgefangen werden. Was einst als sinnvoll erachtet wurde, hat sich jedoch als Garant für umweltzerstörerische und tierquälerische Praktiken der Agrarindustrie herausgestellt. Denn die EU wollte auch global wettbewerbsfähig sein und die Lebensmittelpreise reduzieren. Leidtragend waren dabei Umwelt und Tiere – sie wurden und werden ausgebeutet und leiden täglich millionenfach.

Mittlerweile reift auch die Erkenntnis, dass die Agrarindustrie das Klima schädigt. Studien gehen davon aus, dass sie zu rund 30 % am Ausstoß von Treibhausgasen beteiligt ist. Es kommt eine Menge zusammen: das Methan der Rinder, die Abholzung der Regenwälder für den Anbau von Tierfutter, das Trockenlegen von Mooren für Ackerflächen, der Transport von Futter, Tieren und Fleisch, die Produktion von Dünger.

Hinzu kommt die Beteiligung am Artensterben. Denn Monokulturen, Überdüngung, Zucht und Pestizide führen zur Dezimierung der Wildtiere und Wildpflanzen und zum Aussterben von ganzen Tier- und Pflanzenarten. Besonders deutlich wird dies auch bei den Wildbienen, deren Bestand abnimmt, während sie von Honigbienen verdrängt werden, die wiederum aufgrund ihrer genetischen Einschränkungen wenig Widerstandskraft gegen Krankheitserreger haben.

Die Agrarindustrie belastet auch unsere Gewässer. Die Ostsee gilt als eines der am meisten verschmutzten Meere weltweit. Schuld sind neben

Weltkriegsmunitionsresten vor allem die verschiedenen Einträge aus der Landwirtschaft – insbesondere Stickstoff, Phosphor und Schwermetalle. Dasselbe gilt für viele Binnengewässer Europas, die teilweise umkippen oder zumindest an Artenvielfalt verloren haben.

Auch ökonomisch sind die EU-Agrarsubventionen eine Fehlsteuerung, denn sie haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass große Betriebe und Konzerne übermäßig bevorteilt wurden, während immer mehr kleine Höfe aufgaben. Das Problem besteht weiter fort. Rund 80 % der Gelder gehen an etwa 20 % der Agrarbetriebe, die daher nicht nur große Gewinne einfahren, sondern auch noch öffentliche Gelder obendrauf erhalten. Ursache ist die Konstruktion der Agrarsubventionen, die immer noch zum großen Teil an Fläche und Tierzahl gekoppelt sind. Die zusätzlich abrufbaren Gelder für Tier- und Naturschutzmaßnahmen reichen auch nicht aus, um das Leid der Tiere zu mildern oder das Klima zu schützen.

Viele Bio-Landwirtinnen geben wegen des vergleichsweise viel stärkeren Kostendrucks derzeit reihenweise auf und bio-vegane Landwirtinnen gibt es noch viel zu wenige. Die Europäische Union muss daher rigoros sämtliche Subventionen streichen, die mit Tierleid und Klimaschäden in Verbindung stehen und die verfügbaren Gelder für Umstiegsprogramme einsetzen. Dies ist das vorrangige Ziel der Agrarpolitik der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

In den Gremien der Europäischen Union setzen sich aber vor allem Agrarlobbyistinnen und mit ihnen verbundene Politikerinnen durch. Ursache dafür ist vor allem, dass die Fraktionen Leute aus dem Agrarsektor in die wichtigen Gremien entsenden, da diese Fachkenntnisse aufweisen können und Vernetzungen besitzen. Leider nutzen sie all dies nicht im Sinne von Tieren, der Umwelt und künftigen Generationen!

Die EU-Subventionen tragen zudem zur globalen Armut bei, wenn Agrarprodukte exportiert werden und die nichtsubventionierten lokalen Produkte verdrängen. Landwirtschaft wird somit vor allem in Afrika kaputt gemacht und die Menschen beginnen Kriege um Ressourcen, müssen wegen Gewalt, Armut und Hunger flüchten – zumeist in die Slums der Großstädte. Einigen gelingt die Flucht nach Europa, wo sie wiederum mit

Ausbeutung zu kämpfen haben, etwa auf den pestizidbelasteten Plantagen in südeuropäischen Ländern, wo sie keinen Mindestlohn erhalten und teilweise gar unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten.

Während weltweit hunderte Millionen Menschen hungern, werden zugleich Agrarflächen für Weiden und Tierfutter genutzt, anstatt den Welthunger direkt zu bekämpfen. Denn jede Kalorie aus Fleisch oder Milch benötigt ein Vielfaches an Kalorien in Form von Tierfutter. Auch die Nährwertbilanz ändert an diesem Missverhältnis wenig, da bei pflanzlicher Ernährung die Vielfalt, besonders in Hinsicht auf verschiedene Proteinquellen, ausschlaggebend ist. Ein Großteil der Weideflächen und des Ackerbaus für Tierfutter wäre völlig problemlos für pflanzlichen Lebensmittelanbau verwendbar. Das von der tierhaltenden Industrie gestreute Argument, Tierhaltung wäre notwendig, um die Flächen überhaupt nutzen zu können, ist falsch.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich aus all diesen Gründen für eine umfassende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Öffentliche Gelder aus dem Agrarbudget dürfen nur noch dafür verwendet werden, die Natur und das Klima zu schützen, die Tierausbeutung zu beenden, die Artenvielfalt zu retten, soziale Gerechtigkeit herzustellen und den Planeten zukunftsfähig zu machen!

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert eine Politik der Vereinbarkeit von Lebensmittelerzeugung und Klimaschutz, etwa durch den massiven Ausbau von Agri-Photovoltaik, die umfassende Förderung von Paludikultur und den sofortigen Verzicht auf die methanerzeugende Rinderhaltung.

Erneuerbare Energien

Ziel des European Green Deal ist die Netto-Treibhausgasneutralität der EU bis zum Jahr 2050. Als Zwischenziel hat die Europäische Union Klimaziele formuliert, nach denen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 reduziert werden sollen.

Der Energiesektor, auf den mehr als 75 % der Treibhausgasemissionen in der EU entfallen, ist der Bereich, in dem am schnellsten gehandelt werden muss. Dies hat auch das Europäische Parlament erkannt und mit der Novellierung der EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien (RED III) das europäische Ausbauziel für grüne Energien bis 2030 von bisher 32 % auf bis zu 45 % angehoben. Dies bedeutet eine Verdoppelung des Anteils dieser Energieform gegenüber dem im Jahr 2021 erreichten Stand von rund 22 %.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert, den Ausbau weiter zu beschleunigen und bis 2030 mehr als 50 % des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Eine schnellere Dekarbonisierung hilft nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel, sondern die damit verbundene Angebotsausweitung senkt die Energiepreise und entlastet Bürgerinnen und Unternehmen finanziell.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Genehmigungsverfahren über die RED III hinaus beschleunigt werden. Es ist jedoch nicht akzeptabel, dass in national festgelegten Vorranggebieten Umwelt- und Artenschutzprüfungen nur auf der Planungsebene durchgeführt werden müssen und eine zweite vertiefte Prüfung auf der Projektebene entfällt.

Kritisch sehen wir auch die Nutzung von Holz als erneuerbare Energie, da der Wald ein wichtiger CO₂-Speicher ist. Bäume sind zwar ein nachwachsender Rohstoff, aber der Wachstumszyklus der meisten in Europa heimischen Baumarten beträgt mindestens 60 bis 80 Jahre. Zudem steigt die Gefahr von Kahlschlägen, vor allem in Osteuropa. Kritisch sehen wir auch die Nutzung von Totholz zur Energiegewinnung, da dieses ein wichtiger Bestandteil des Ökosystems ist und daher im Wald verbleiben muss.

Großes Potenzial hingegen sehen wir für den Einsatz von Solarmodulen u. a. in bauwerkintegrierter Photovoltaik (BIPV), Solardachziegeln, Solarglas und solarem Straßenbelag. Bei BIPV sind die Module so konzipiert, dass sie sich nahtlos in die Gebäudearchitektur einfügen und sowohl ästhetisch ansprechend als auch funktional sind. Solardachziegel erfüllen die Funktion herkömmlicher Dachziegel mit integrierten Solarmodulen. Sie bieten die Möglichkeit, Energie zu erzeugen, ohne das optische

Erscheinungsbild des Daches zu beeinträchtigen, was insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden von Interesse ist. Ähnliches gilt für Solarglas, das als transparente oder halbtransparente Verglasung von Gebäuden eingesetzt werden kann. Bei solarem Straßenbelag werden Solarmodule in den Straßenbelag integriert, was vornehmlich für wenig beanspruchte Flächen wie PKW-Parkplätze oder Rad- und Gehwege genutzt werden kann. Die Forschungsmittel in diesen Bereichen müssen daher massiv aufgestockt werden.

Darüber hinaus muss dem Ausbau nationaler Stromnetze und Interkonnektoren (grenzüberschreitende Leitungen) Priorität eingeräumt werden, um die Energie vom Ort der Erzeugung zu den Verbrauchern zu transportieren. In diesem Zusammenhang spielt auch grüner Wasserstoff eine wichtige Rolle. Neben seiner Verwendung als alternativer Kraftstoff und Rohstoff für die Industrie bietet er die Möglichkeit, Energie einfach zu speichern und zu transportieren.

Greenwashing

Die Europäische Union hat im Zuge des laufenden Green Deals, dessen Ziel es ist, einen Übergang zu moderner, ressourceneffizienter und wettbewerbsfähiger Wirtschaft zu schaffen, auch dem Greenwashing den Kampf angesagt. Darunter versteht man die vermeintlich klimafreundliche Bilanzierung gewisser Produkte und Handlungen.

Vor Kurzem legte die EU-Kommission einige Vorschläge vor, die in Zukunft zur europaweiten Norm werden sollen und welche momentan von den Mitgliedstaaten diskutiert werden. Bei den Rechtsreformen, die den Verbraucherinnen Sicherheit zu einer umweltfreundlichen Entscheidung geben sollen, handelt es sich konkret um die Förderung der Kreislaufwirtschaft, das Verbot unlauterer Geschäftspraktiken (Verwendung vager, undefinierter Umweltbegriffe wie “grün” oder “öko” und fälschlicher Auszeichnungen der Umweltleistungen eines Produktes, eine hinreichende Informierung der Verbraucherinnen bezüglich Lebensdauer und Reparaturoptionen bei Produkten, schärfere Maßnahmen und

Prüfungen von Nachhaltigkeitssiegeln (momentan gibt es ganze 230 Umweltlabel) und Kennzeichnungssystemen, sowie die Kontrolle von Umweltaussagen zu Teilen von Produkten oder diesen im Ganzen.

Neben den nun vielversprechend klingenden Regelungen gibt es aber auch einige Stellen, an welchen gerechtfertigte Kritik hinsichtlich der Konsequenzen für die Wirtschaft geübt und über potenzielle Änderungen nachgedacht werden kann. Grundlegend scheinen die Reformen eine Überregulierung mitzubringen, die es zu verhindern gilt, da sie statt der gewünschten eher die gegenteiligen Effekte verursachen würden. Die geplanten Regelungen scheinen bloß für Großunternehmen umsetzbar zu sein, wobei kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) nicht mitziehen könnten. Um nämlich mit Green Claims werben zu dürfen, benötigen Firmen eine entsprechende Zertifizierung (Assessment- und Verify-Verfahren), die kostentechnisch untragbar ist (circa 50.000 Euro für einen Green Claim). Dies wäre eine unangenehme Wettbewerbsverzerrung, auch da es zu hohen Bußgeldern und weiteren Sanktionen bei Fehlern oder Nichteinhaltungen kommt.

Wir befürworten dennoch diese Entwicklung, sind uns aber darüber im Klaren, dass es mehr Flexibilität und Modellierung benötigt. Der Kampf gegen Greenwashing muss unbedingt gefördert werden, da es hinsichtlich der Klimakrise keine Alternative gibt als möglichst effizientes Arbeiten dagegen. Also ist nicht das Ob, sondern das Wie der entscheidende Punkt. Die Kritiken hinsichtlich der deutschen Wirtschaft sind sicherlich nicht die einzigen in Europa. Viele weitere Länder werden ähnliche oder auch andere Problempunkte vorfinden, die es definitiv zu beseitigen gibt, nur so, dass immer auch der Klimaschutz davon profitiert. Statt eine weitere Hürde für Unternehmen zu sein, muss Klimaschutz pragmatisch und einfach anzugehen sein und sich geldlich lohnen. Es gilt weitere Subventionsprogramme zu fahren, um den Unternehmen bei der Arbeit an einer besseren Umweltbilanz unter die Arme zu greifen, gerade auch mit Blick auf die Ebenen unter den Großfirmen, die kaum Belastungen durch die Reformen erfahren würden. Regeln zu stärken und externen wissenschaftlichen Prüfungen von Umweltbilanzen und Labeln sowie die Kontrolle von Schlupflöchern – etwa die Auszeichnung von Produkten als

“grün”, obwohl diese nur teilweise klimafreundlich sind – gilt es zu fördern. Es gilt auf europäischer Ebene, das Programm weiter nach vorne zu bringen und daran schnellstmöglich effizient zu arbeiten.

Abfallmanagement

Das Müllproblem ist eines der bedeutendsten Umweltprobleme unserer Zeit. In der EU werden jedes Jahr 2,2 Milliarden Tonnen Abfall erzeugt. Plastikmüll steht aufgrund der Unmöglichkeit einer umweltverträglichen Beseitigung besonders im Fokus. 60 Millionen Tonnen Kunststoffe produzieren die Länder der EU jährlich – eine schier unvorstellbare Menge.

Der größte Anteil – etwa 36 % – wird für Verpackungen eingesetzt. Das meiste davon ist Einweg. Nur rund 40 Prozent der Plastikabfälle werden werkstofflich, vor allem aber rohstofflich wiederverwertet. Und in diesen 40 % sind bereits die hochproblematischen Exporte in Nicht-EU-Länder eingerechnet, nämlich mehr als 1,1 Millionen Tonnen jährlich, die größtenteils in die Türkei, nach Malaysia, Indonesien und Vietnam verbracht werden. Tagtäglich verlassen über drei Millionen Kilogramm Plastikabfall die Europäische Union.

Der mit Abstand größte Teil der Plastikabfälle wird energetisch verwertet, was unter ökologischen Gesichtspunkten alles andere als sinnvoll ist. So werden bei der Verbrennung von einer Tonne Kunststoff – neben anderen, zum Teil hochgiftigen Abgasen – 2,7 Tonnen CO₂ emittiert. Zudem bleiben pro Tonne etwa 300 Kilogramm Stäube und Schlacken übrig, die deponiert werden müssen. Ein im Verhältnis kleinerer, aber dennoch beträchtlicher Teil des Plastiks landet noch immer auf Deponien.

Das Schlimmste aber ist: Viel Plastik verbleibt einfach in der Umwelt. Es erstickt unsere Flüsse und Ozeane, ist für millionenfaches Tierleid verantwortlich, kontaminiert unsere Luft, unser Wasser, unser Erdreich und unsere Lebensmittel. Mit der viel zitierten Kreislaufwirtschaft hat das Plastikmanagement der EU bisher wenig zu tun. Wir sind der Ansicht: Das Vermeiden von Abfällen ist die beste Strategie, daher wollen wir unnötige

Verpackungen verbieten und das Verpackungsvolumen etwa bei Lebensmitteln auf das unbedingt Erforderliche beschränken.

Das Recyceln ist – mit großem Abstand zur Müllvermeidung – der zweitbeste Weg. Insbesondere das werkstoffliche Recyceln wollen wir fördern, indem wir Anreize für Hersteller schaffen, Kunststoffprodukte so zu designen, dass sie einfach zu recyceln sind. Diese Produkte müssen gegenüber nicht oder schwer recycelbaren Kunststoffen begünstigt werden. Hersteller hingegen, die auf Einweg setzen und schwarze oder besonders belastete Kunststoffe produzieren, werden zur Kasse gebeten.

Feste Quoten für recyclebare Kunststoffe (Rezyklat) sollen formuliert werden, deren Einhaltung streng zu überwachen ist. Um eine gute Qualität des Rezyklats zu garantieren, sind Pfandsysteme einzuführen, die ein sortenreines Sammeln der Kunststoffabfälle ermöglichen. Ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quoten ist dabei anzustreben. Den Konsumenten möchten wir die Möglichkeit geben, sich anhand der Produktaufschrift zum Rezyklatanteil und zur Recyclingfähigkeit von Produkten zu informieren.

Plastik-Alternativen aus Stroh, Stärke, Zellulose oder Pilmyzel sind grundsätzlich zu bevorzugen. Biologisch abbaubare Kunststoffe sollen aber nur dann gefördert werden, wenn sie auch tatsächlich kompostiert oder aber recycelt werden. Mikroplastik in Kosmetika, in Zahnpasta, in Schwämmen und Wischlappen, in Fleece-Decken und Kleidung, in Kaugummis und in Waschmittel muss ebenso verboten werden wie Plastikfasern in Zigarettenfiltern. Da Plastik ein weltumspannendes Problem ist, soll die EU das in ihrer Macht Stehende tun, um auf ein globales Plastikmüllabkommen hinzuwirken. Dabei sind weltweite Verbote für bestimmte, besonders schädliche Kunststoffprodukte eine erste, unumgängliche Maßnahme. Plastikmüllexporte ins EU-Ausland sollen untersagt werden.

Ein ganz anders geartetes Problem als bei Plastik besteht bei Aluminium: Der Bauxitabbau ebenso wie die Aluminiumproduktion erfolgen häufig unter sehr schlechten sozialen Bedingungen und völlig unzureichenden Umweltstandards. Große Flächen an Regenwald fallen der

Aluminiumgewinnung zum Opfer. Die Bevölkerung leidet z. B. unter der Beeinträchtigung des Grundwassers und der Luft. Da die Herstellung von Aluminiumverpackungen zudem einen besonders hohen Energieaufwand beansprucht und mit einem Anteil von drei Prozent an den direkten CO₂-Emissionen aus der Industrie zum Klimawandel enorm beiträgt, muss sichergestellt werden, dass das Recyclingsystem funktioniert. Darüber hinaus ist es unser Ziel, den Aluminiumverbrauch signifikant zu senken.

Die Entsorgung von Textilien ist ein Problem, für das es bisher nur unzureichende Lösungen gibt. Wenn Secondhand nicht mehr infrage kommt, bleibt nur Downcycling übrig. Doch selbst das wird oft durch unzureichende Kennung erschwert. Eine verbindliche Etikettierung oder Chipping, die eine Wiederverwertung erleichtern, muss verpflichtend werden. Die Verbringung von Altkleidern in andere Länder, insbesondere nach Afrika, darf nur dann erfolgen, wenn sie dort auch tatsächlich gebraucht und nicht bloß deponiert werden.

Auch im Textilbereich ist Vermeidung der Königsweg, denn die Herstellung von Kleidern frisst enorme Ressourcen und hat meist eine verheerende CO₂-Bilanz. „Billig hergestellt, kaum getragen, schwer recyclebar“ darf es nicht mehr geben. Entsprechend dem Verursacherprinzip müssen die Textilhersteller hier viel stärker in die Pflicht genommen werden.

Ein weiteres Ziel muss die Verringerung der Lebensmittelverschwendung sein. Hier ist es wichtig, die komplette Kette vom Primärproduzenten bis zum Endverbraucher zu betrachten und das Optimierungspotential auszuschöpfen. Normierungen, die nicht der Lebensmittelsicherheit, dem Tierwohl und der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit, sondern ausschließlich der Ästhetik dienen, sind zu beseitigen.

Ein wesentlicher Aspekt im Zusammenhang von Abfallmanagement ist die Stärkung der Reparatur: Die Reparaturfreundlichkeit aller Produkte muss mithilfe gesetzlicher Bestimmungen erhöht werden. Dazu ist der Zugang zu Ersatzteilen über die gesamte Nutzungsdauer hinweg zu gewährleisten.

Ohne Frage: Die EU-Institutionen sehen sich im Abfallmanagement mit starken Lobbyinteressen konfrontiert, die gegen Vermeidungsziele, Mehrwegquoten, Verbote von Einwegverpackungen, Ersatzteilbereitstellung usw. Sturm laufen. Hier ist Standfestigkeit nötig, zu der wir fest entschlossen sind und die wir auch von anderen einfordern.

Für ein europaweites Verbot von elektronischen Einweg-Zigaretten

Laut Zahlen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) werden geschätzte fünf Millionen Einweg-E-Zigaretten, sogenannte Vapes, pro Monat allein in Deutschland geraucht, und das bei einem stetig steigenden Trend. Die Formen, die oft bunte Farben und Geschmacksrichtungen von „Strawberry Cheesecake“ bis zu „Zuckerwatte“, zielen im Marketing dabei vor allem auf junge Konsumentinnen. Ärztekammern appellieren immer häufiger für ein Verbot, da beim Erhitzen der Liquids Aerosole entstehen, die das Herz-Kreislauf-System schädigen sowie Atemwegserkrankungen und Allergien auslösen können.

Die mit Aluminium und einer Lithium-Ionen-Batterie ausgestatteten Geräte können je nach Modell für rund 500 bis 600 Züge verwendet werden. Danach werden sie häufig nicht fachgerecht entsorgt und landen im herkömmlichen Hausmüll oder auch in der Natur, was zum einen einen enormen Schaden für die Umwelt und zum anderen eine Verschwendung von Ressourcen bedeutet. Einer Studie zufolge werden allein in Großbritannien jede Sekunde zwei Einweg-Vapes weggeworfen. Das darin enthaltene Lithium würde übers Jahr ausreichen, um etwa 1.200 Batterien für Elektroautos herzustellen.

In Folge eines Kompromisses zwischen Europäischen Parlament und Rat im Trilogverfahren zur Batterieverordnung sollten Einweg-E-Zigarette bis Ende 2026 vom Markt in der EU verschwinden. Hier hat die Branche bereits erste Überlegungen verkündet, die Bedingungen der Batterieverordnung erfüllen zu wollen, indem sie ein Rücknahmesystem für die Einweg-E-Zigaretten aufbauen wollen. Wir treten an dieser Stelle für ein

grundlegendes Verbot sowie kurzfristig umzusetzende Abgabebeschränkungen und höhere Besteuerung von Einweg-E-Zigaretten ein. Die geplanten Rückgabemöglichkeiten an Verkaufsstellen sehen wir hingegen nur als ein Feigenblatt der Industrie an, um diese lukrative Einnahmequelle nicht versiegen zu lassen.

Flächenverbrauch

Die nutzbare Fläche Europas ist sehr begrenzt. Es ist wichtig, dass dieses kostbare Gut bestmöglich genutzt werden kann und so wenig Fläche wie möglich versiegelt und verbraucht wird. Dafür muss die bisherige Arbeit in diesem Bereich intensiviert und das Bewusstsein für eine umweltfreundliche Nutzung von Fläche gestärkt werden.

Eine steigende Versiegelung sorgt für eine Reduktion der Wasseraufnahme des Bodens sowie für eine Verschlechterung des Klimas. Beide sind in Anbetracht steigender Starkregenereignisse, immer häufigeren Klimakatastrophen sowie der steigenden Temperaturen negative Einflüsse, die möglichst vermieden werden sollten. Außerdem sinkt mit steigendem Flächenverbrauch der Lebensraum wild lebender Tiere, wodurch zukünftig mit einer Zunahme der gefährdeten Tierarten zu rechnen ist.

Damit wir auch weiterhin Europa lebenswert halten können, bedarf es strengerer Richtlinien im Baubereich, sodass Ausgleichsmaßnahmen in mindestens gleicher Wertigkeit gesetzlich verankert und auch dementsprechend kontrolliert werden. Dazu muss eine Höchstgrenze von Versiegelung für angemessene Bereiche verbindlich festgelegt werden, damit einem rücksichtslosen Flächenverbrauch effektiv entgegengewirkt werden kann. Die EU-Biodiversitätsstrategie muss um eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt werden. Darin sollte eine europäische Siedlungs-, Entsiegelungs- und Renaturierungsstrategie inkludiert sein, die eine nachhaltige Siedlungsentwicklung gewährleistet.

Ziel muss es sein, bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen besser zu nutzen, sodass der Bedarf weiterer Flächen reduziert werden kann. Gerade

in Hinblick auf die Ernährung der EU-Bevölkerung muss darauf geachtet werden, dass wertvolle Ackerflächen erhalten bleiben und gleichzeitig ökologisch bewirtschaftet werden. Das Flächenverbrauchsziel der EU muss außerdem dahingehend weiterentwickelt werden, dass keine weitere Versiegelung neuer Flächen stattfindet und gleichzeitig bereits vorhandene und versiegelte Flächen optimal genutzt werden. Dadurch kann sowohl die Umwelt geschont werden, ohne dass daraus Platzmangel für wertvollen Wohnraum resultiert. In vielen europäischen Städten werden zudem Baulücken-Kataster eingesetzt, dieses Werkzeug sollte ergänzend europaweit verpflichtend sein.

Rechte der Natur

Die Natur ist Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen. Ohne Natur gibt es keine saubere Luft, kein Wasser und keine Nahrung. Keine der bestehenden Naturschutzbestimmungen scheint jedoch die Natur für heutige und zukünftige Generationen ausreichend zu schützen. Weltweit nimmt die Zahl der Vorschriften und Gesetze zum Schutz der Natur und der Tiere zu. Da diese allerdings oft zu schwach sind oder nicht eingehalten werden, verschlechtern sich Natur und Lebensbedingungen für Tiere, ärmere Menschen und Ökosysteme weiterhin rapide. Weltweit sind eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Auch für den Klimaschutz besonders wichtige (Ur-)wälder, werden weiterhin vernichtet und Böden sowie Gewässer mit Chemikalien aus Abwässern nachhaltig vergiftet.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte dem unzureichenden Naturschutz ein Ende setzen, indem sie der Natur grundlegende Rechte als Rechtssubjekt einräumt. Hiermit soll die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten, wie Umweltverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen und Zerstörung von Ökosysteme geschützt werden. Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen zukünftig im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere

Vertretung ihrer Belange. Des Weiteren erhoffen wir uns, dass die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt zu einer Bewusstseinsbildung beiträgt und einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch, Tier, Natur und unsere empfindlichen Ökosysteme, als Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen fördert.

Unsere Forderungen:

- Ein europaweit einheitliches Naturschutzgesetz.
- Der Natur sollen grundlegende Rechte als Rechtssubjekt eingeräumt werden.
- Eine Naturkonsultation für die Rechte der Natur etablieren. (Hierfür sollen Rechtswissenschaftlerinnen, Wissenschaftlerinnen, Naturverbände und Bürgerinnen in einen Dialog treten.)
- Strengere Auflagen und Kontrollen für Unternehmen.
- Die Förderung einer konsequenten Strafverfolgung von Umweltverbrechen.
- Ein europaweit einheitliches und hohes Strafmaß.
- Förderung von Sensibilisierung und Aufklärungsarbeit zum Thema Umweltschutz

Moorschutz

Etwa die Hälfte der europäischen Moore wurde bereits entwässert, in Deutschland gar 92 %. Dabei wurden enorme Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen freigesetzt: ein Hektar entwässertem Moor entspricht der Klimaschädlichkeit von 4,5 Erdumrundungen eines Verbrenner-Pkw. Weltweit werden jeden einzelnen Tag mehr als 1.300 Hektar trockengelegt. Und der europäische Anteil der globalen Treibhausgasfreisetzungen durch Moorentwässerung ist beträchtlich.

Als wäre dies nicht bereits gravierend genug, kommt zu der Gewinnung von Torf die Flächennutzung nach der Entwässerung hinzu: zumeist ist es die klimaschädliche Agrarindustrie mit ihrer Milch- und Fleischproduktion, die dann nochmal riesige Mengen an CO₂ und Methan ausstößt!

Neben Deutschland sind Finnland und Polen die Länder mit den meisten Emissionen aus der Entwässerung von Mooren innerhalb der EU. Obwohl Moore derzeit nur 3 % der globalen Landfläche ausmachen, binden sie aber fast doppelt so viel CO₂ wie sämtliche Wälder der Erde! Die Relevanz der Moore ist also erheblich und wir können es positiv formulieren: durch Wiedervernässung haben wir einen mächtigen Hebel an der Hand, um unsere Klimabilanz zu verbessern und die Klimakatastrophe aufzuhalten! Denn Wiedervernässung bindet auch wieder klimaschädliches CO₂. Ganz grundsätzlich können Moore zudem zur Artenvielfalt bei seltenen Pflanzen und Tieren beitragen.

Die Klimafolgenkosten durch das Trockenlegen der Moore wird allein in Deutschland auf 7,2 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Das entspricht der fast der Nettowertschöpfung der gesamten deutschen Landwirtschaft! Daher muss auch aus ökonomischer Sicht endlich eine vernünftige Moorpolitik gemacht werden. Jedes verlorene Jahr trägt massiv zur Klimakatastrophe bei und wird die Klimafolgenkosten in unbezahlbare Höhen treiben. Zudem können Moore zur Kühlung von angrenzenden Wohngebieten beitragen, was in heißer werdenden Sommern Energiekosten spart.

Insbesondere in Südostasien werden Moore durch Moorbrände trockengelegt, was besonders klimaschädlich ist. Danach werden zumeist Plantagen für die Papier- und Ölgewinnung angelegt. Wir fordern den Stopp jeglicher Trockenlegung von Mooren sowie ein Ende des Torfabbaus und Handels mit Torfprodukten. Wir brauchen internationale Verträge zum weltweiten Stopp der Entwässerung sowie gezielte Wiedervernässungsprogramme. Moorbrände und Produkte aus Moorbrand-Nachnutzungen müssen geächtet und bekämpft werden, ebenso wie das Brandroden von Regenwäldern und den Produkten aus den Brandrodungen.

Die Europäische Union muss Wiedervernässung noch stärker finanziell fördern und Paludikultur (wirtschaftliche Nutzung von Mooren und vernässten Flächen) als besonders klimafreundliche Form der Landwirtschaft wirtschaftlich noch attraktiver machen. Wir fordern daher eine Umschichtung des Agrarbudgets hin zu Ökolandbau, pflanzenbasierter

Lebensmittelproduktion und Paludikultur. Hier sind EU-Subventionen richtig angelegt, im Gegensatz zu tier- und umweltschädlicher Massentierhaltung, deren Förderung durch die EU wir im Gegenzug komplett streichen wollen.

Gefördert werden muss zudem die Etablierung von Wertschöpfungsketten aus Paludikultur: Baustoffe, Brennstoffe, Einstreu, Biogas, Fieberklee und Sonnentau als Arzneimittel, Torfersatz. Auch Lebensmittel können auf wiedervernässten Moorböden angebaut werden, etwa Moosbeeren, aber auch Kartoffeln, Mais und Gemüse.

Eine besonders innovative Idee ist die Kombination aus Wiedervernässung und Erzeugung von Strom aus Photovoltaik. Die Überdachung von nassen Flächen dient dann nicht nur der Energiegewinnung, sondern schützt den Boden wiederum vor Austrocknung. Es braucht großzügige Fördermittel für den Umstieg von Landwirt:innen, die ihre Tierhaltung aufgeben möchten und mittels Paludikultur oder anderen innovativen Ansätzen Wiedervernässung voranbringen wollen. Und wir brauchen ebenso die Ausweitung von Schutzgebieten, wo die Natur frei von Nutzung und Zerstörung ihren gesunden Zustand wahren kann.

Meeresschutz

Das Ökosystem Meer ist die Grundlage des Lebens auf unserem Planeten. Es bietet nicht nur Heimat und Nahrungsgrundlage für zahlreiche Arten, auch der Mensch ist darin eingebunden und abhängig von einem funktionierenden System, z. B. von den klimatischen Bedingungen, die es beeinflusst. Doch dieses System droht zu kippen.

Es gibt viele verschiedene Faktoren, die dieses Ökosystem in nie dagewesenen Ausmaß bedrohen: die Überfischung der Meere durch die Plünderung der Fischereiindustrie, die zunehmende Vermüllung, z.B. durch Plastikmüll in den Gewässern oder den Abrieb von Autoreifen, die fortschreitende Erwärmung. Auch wenn bereits sinnvolle Maßnahmen wie

das Sammeln von Plastikmüll in den Meeren eingesetzt werden, so ist es doch sinnvoller, dafür zu sorgen, dass es erst gar nicht dorthin gelangt.

Zudem gibt es immer wieder neue Bedrohungen. So eine weitere Bedrohung stellt das Ausbaggern des Meeresbodens, vornehmlich in Nord- und Ostsee zur Kies- und Sandgewinnung, hauptsächlich zur Herstellung von Beton. Durch das Abtragen von Kies und Sand wird der natürliche Lebensraum für viele Meeresorganismen wie Fische, Muscheln, Krebstiere und andere Arten, z. B. der in Nord- und Ostsee beheimateten Schweinswal, zerstört und beeinträchtigt die gesamte Meeresbodenstruktur, Lebensgemeinschaften und die ökologische Vielfalt. Auch spielen Kies und Sand eine wichtige Rolle bei der Bildung und Stabilisierung von Küsten und Stränden.

Eine neue Bedrohung ergibt sich aus dem geplanten Manganknollenabbau in der Tiefsee, dessen Folgen in dem kaum erforschten Ökosystem nicht abzusehen sind. Manganknollen sind knollenförmige Gebilde auf dem Meeresboden, die wertvolle Metalle und seltene Erden enthalten. Der Abbau der Knollen führt zu einer direkten Zerstörung des Lebensraums zahlreicher Meereslebewesen. Die Knollenregionen wachsen nur langsam, deren Regeneration Jahrhunderte dauern kann. Aufgewirbelte Sedimente beeinträchtigen die Kiemenfunktion bei Fischen, der mit dem Abbau verbundene Lärm und die Vibrationen stören empfindliche Meeresbewohner. Manganknollen spielen eine Rolle bei der Speicherung von Nährstoffen im Meeresboden, zudem werden die eingesetzten giftigen Chemikalien bei der Extraktion der Metalle freigesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die europäischen Staaten (z.B. Norwegen), diese Plünderungspläne in ihren Hoheitsgebieten nicht forcieren.

Immer wieder kommt es zu verheerenden Umweltkatastrophen, weil Öl durch Tanker, die eigentlich schrottreif sind, ins Meer gelangt, welches Hunderte von Kilometern Stand verseucht und Tausenden von Meeres- und Strandbewohnern den Tod bringt. Die mit Öl überzogenen Strände werden unter immensen Kosten gereinigt, Tierschützer versuchen, das von Öl verklebte Gefieder der Seevögel zu reinigen. Auch gelangt immer wieder Paraffin, ein sich langsam abbauendes Erdölprodukt, durch die

Schiffsreinigung als Rückstand bei Tankwaschungen ins Meer, welches nicht gänzlich verboten ist.

Wir setzen uns in der EU dafür ein, dass Meeresschutzzonen, auch weltweit, ausgeweitet werden. Nur so können der unverantwortliche Raubbau und die Zerstörung des Ökosystems Meer verhindert werden.

Ausweitung Naturschutzgebiete

Die EU hat sich verpflichtet, bis 2030 mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresflächen der EU unter Schutz zu stellen. Obwohl Deutschland nach den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Österreich und Polen auf Platz fünf der europäischen Länder mit den meisten Naturschutzgebieten steht, hinkt es bei der Qualität und der Fläche der geschützten Gebiete hinterher. Das liegt daran, dass diese unterschiedlichen Schutzgebiete nicht wirklich den Lebensraum der Arten und des Ökosystems schützen. Sie sind viel zu klein, sind nicht zusammenhängend und durch diese Insellage anfällig für die Beeinflussung ihrer Umgebung, z.B. durch Entwässerung und das Einbringen von Nähr- und Giftstoffen. Sie dürfen wirtschaftlich genutzt werden, sogar die Jagd dort ist erlaubt. Deutschland hält somit die Vorgaben der Natura-2000-Gebiete nicht ein, was ihm zwei Vertragsverletzungsverfahren der EU einbrachte.

Luxemburg, obwohl flächenmäßig eher klein, weist vergleichsweise 75,9 % seiner Fläche als Naturschutzgebiet aus, gefolgt von Slowenien mit 71,2 %.

Als besonders sinnvoll für den Naturschutz könnten sich Nationalparks erweisen, die ausgedehnter sind und meistens nur der natürlichen Entwicklung unterliegen. Diese besonders hervorstechenden Gebiete werden durch entsprechende Maßnahmen vor unerwünschten menschlichen Eingriffen und vor Umweltverschmutzung geschützt. Wenn auch die Definition eines Nationalparks nicht in allen Staaten einheitlich ist, so ist doch die Bedeutung für die Erholung und den „sanften Tourismus“ allen gemeinsam und das Bestreben, diese ursprünglichen, nicht durch

menschlichen Eingriff veränderten Lebensräume für die Nachwelt zu erhalten.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz unterstützt die vielversprechende Möglichkeit, Naturschutz konsequent umzusetzen, die die Initiative Wildnis des Bundesamtes für Naturschutz anregt. Sie plädiert für reine Wildnisgebiete, die in Nationalparks gelegen sind und „ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete sind, die dazu dienen, einen von Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten“, also Lebensräume, die sich selbst überlassen werden. Für den Menschen würden diese nur unter strengen Regeln zugänglich sein. Diese Wildnisgebiete könnten ein ernsthaftes Bemühen sein, Naturschutz wirksam umzusetzen. Wir unterstützen diese Bemühungen und setzen uns für die Ausweitung solcher Gebiete in Europa und für echten Naturschutz ein.

Gentechnik

Als Gentechnik werden Methoden bezeichnet, mit denen das Erbgut von Lebewesen gezielt künstlich verändert werden kann. Dazu zählen auch Bakterien, Viren und Pflanzen. Dabei werden Teile der DNA (Erbinformation) entfernt und durch veränderte DNA-Sequenzen ersetzt.

In vielen Bereichen wird Gentechnik bereits angewendet oder darin geforscht. Einsatzgebiete sind in der Medizin und Pharmazie, bei der Lebensmittelherstellung, in der Abfallwirtschaft/ in Kläranlagen, bei Pflanzen und in der Landwirtschaft, in der Fischzucht und/oder bei der Herstellung von Chemikalien zu finden. Neben positiven Beispielen wie der Herstellung von Insulin bei Diabetes, der rechtzeitigen Erkennung von genetisch bedingten Erkrankungen und der Möglichkeit, Gene zu reparieren oder auch der Reinigung von Wasser, bestehen aber auch Risiken und Gefahren.

So ist mit dem größten Bereich die grüne Gentechnik vertreten, die sich mit Verfahren zur gentechnischen Veränderung von Pflanzen und dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft befasst. Dabei sollen zum

einen die Resistenz einer Pflanze gegen sogenannte “Schädlinge” erhöht oder eine bessere Widerstandskraft gegen Trockenheit oder Kälte entwickelt werden, um so die Ernteerträge zu steigern. Zum anderen sollen auch deren Produkte so verändert werden, dass sie verträglicher oder gesünder sind, nämlich dadurch, dass bestimmte Inhaltsstoffe entfernt oder hinzugefügt werden.

Befürchtet wird aber, dass sich derart veränderte Pflanzen in der Umwelt ausbreiten könnten, indem sie ihr verändertes Erbgut und damit die veränderten Eigenschaften an ihre unbehandelten Verwandten weitergeben. Ein hohes Ausbreitungspotential könnten Pflanzen haben, deren Pollen sich durch den Wind oder Insekten verbreiten. Welche Folgen dieses für das Ökosystem und die Artenvielfalt hat, ist noch nicht abzusehen. Sie verdrängen möglicherweise wilde Arten, von denen aber wiederum andere Lebewesen abhängig sind.

So können gentechnisch veränderte Pflanzen einen insektiziden Wirkstoff gegen ihre Fraßfeinde bilden, schädigen aber möglicherweise auch andere Lebewesen, die damit in Berührung kommen. Wiederum sind durch den Wegfall von sogenannten “Schädlingen” diejenigen Arten benachteiligt, die sich davon ernähren.

Ein besonderes Augenmerk sei auf den Anbau von herbizidresistenten Pflanzen gerichtet. Diese sind gegenüber dem ausgebrachten Unkrautvernichtungsmittel resistent, d. h., es könnte ein Herbizid eingesetzt werden, welches außer dieser Pflanze alle anderen vernichtet. Unkrautbekämpfung steht immer im Widerspruch zur Erhaltung der Artenvielfalt. Für Lebewesen, die sich von bestimmten Pflanzen ernähren, erschöpft sich ihre Lebensgrundlage. Der einseitige Einsatz von Insektiziden oder Herbiziden führt häufig zu Resistenzen. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert daher alternative Methoden wie beispielsweise die Fruchtfolge oder den Einsatz moderner Techniken, wie die Auslese befallener Pflanzen mittels Drohnenüberwachung und akzeptiert Gentechnik nur dort, wo sie sinnvoll und notwendig ist. Sie darf nicht aus Bequemlichkeit eingesetzt und zur Gefahr für Leben und Gesundheit auf unserem Planeten werden.

Chemikalien-Grenzwerte

Die Freisetzung giftiger Chemikalien in die Umwelt stellt eine ernsthafte Bedrohung für das ökologische Gleichgewicht und die Ökosysteme dar. Sie können direkte toxische Effekte auf Pflanzen und Tiere haben, was zu Krankheiten, Fehlbildungen und einer verringerten Fortpflanzungsfähigkeit führen kann. Besonders gefährdete Arten können dadurch in ihrer Existenz bedroht sein. Dass sich diese giftigen Chemikalien in der Umwelt und in der Nahrungskette anreichern, ist ein weiteres großes Problem, da sie dadurch in größeren Mengen aufgenommen werden. Das Ausmaß des Schadens hängt von der Art der Chemikalien ab, dem Ort und den spezifischen Umweltbedingungen, unter denen sie freigesetzt werden. Sie zerstören die Biodiversität und somit die Lebensräume von Pflanzen und Tieren, die von diesen speziellen Ökosystemen abhängig sind.

Wasserökosysteme sind durch ihren schnellen Eintrag (z.B. durch Regen) besonders anfällig für Verschmutzungen mit giftigen Chemikalien. Ihr Vorhandensein in Bächen, Flüssen, Seen und Meeren kann verheerende Auswirkungen auf die dortigen Lebensräume haben. Fische und andere Wasserlebewesen können akute oder langfristige Gesundheitsschäden erleiden, was das ökologische Gleichgewicht dieser Gewässer gefährdet.

Die Verschmutzung des Bodens durch giftige Chemikalien ist ebenfalls ein gravierendes Problem. Sie beeinträchtigt nicht nur die dort lebenden Organismen, sondern birgt auch das Risiko der Kontamination der Nahrungskette. Pflanzen können Giftstoffe aufnehmen und an Tiere weitergeben, die sich von diesen Pflanzen ernähren, was zu einer Anreicherung dieser Toxine in verschiedenen Spezies führt.

Auch die Luftqualität leidet unter der Freisetzung giftiger Chemikalien. Sie trägt zu Atemwegserkrankungen bei Mensch und Tier bei und verschlechtert die allgemeine Gesundheit und Lebensqualität.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen von der EU geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Freisetzung giftiger Chemikalien zu minimieren oder zu verhindern. Dazu gehören:

- Einführung strengerer Vorschriften zur Begrenzung der Auswirkungen giftiger Chemikalien auf die Umwelt.
- Unterstützung von Forschung und Entwicklung in umweltschonenden und weniger schädlichen Technologien.
- Einrichtung eines umfassenden Überwachungssystems zur Kontrolle der Freisetzung giftiger Chemikalien in die Umwelt.
- Förderung des öffentlichen Bewusstseins für die Risiken und Auswirkungen giftiger Chemikalien.
- Zusammenarbeit mit globalen Partnern zur Reduzierung der Freisetzung giftiger Chemikalien weltweit.
- Bereitstellung von Ressourcen und Unterstützung für Gemeinschaften, die von der Freisetzung giftiger Chemikalien betroffen sind.
- Verpflichtung, bereits kontaminierte Gebiete zu bereinigen und zu regenerieren
- Verstöße müssen stärker geahndet und ein höheres Strafmaß für Umweltsünden gelten, Schadensersatzleistungen sind obligatorisch.

Pestizid-Einsatz

Obwohl der Wirkstoff Glyphosat als potenziell krebserregend eingestuft wird, welcher in zahlreichen Unkrautvernichtern enthalten ist, hat die EU-Kommission dieses Pestizid für weitere 10 Jahre zugelassen. Die WHO und zahlreiche Umweltverbände warnen vor den Folgen des Einsatzes dieses hochgiftigen Unkrautvernichtungsmittels, welches eine erhebliche Gefahr für Mensch und Tier sowie die Umwelt darstellt. Gegen den Bayer-Konzern mit seiner Gesellschaft Monsanto als Vertreiber laufen in den USA wegen der Krebsvorwürfe gegen diese Unkrautvernichter mehrere Verfahren. Glyphosat kann zudem nur in Verbindung mit gentechnisch verändertem Saatgut, wie z. B. von Monsanto, zum Einsatz kommen, welches wiederum noch nicht absehbare, die Gesundheit schädigende, Auswirkungen haben wird. Landwirte, die Glyphosat dieser Konzerne beziehen, geraten in Abhängigkeit

von diesen, weil sie gezwungen sind, auch entsprechendes Saatgut dort zu kaufen.

In Deutschland hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das dem Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung zugeordnet ist, die Aufgabe, die Sicherheit von Pflanzenschutzmitteln und Biozid-Produkten (Pestiziden) zu prüfen. Dieses sollte natürlich unabhängig geschehen, was aber nicht der Fall zu sein scheint: vielmehr sind Interessenvertreter der Hersteller Mitglieder dieses Instituts. Deshalb ist die Unabhängigkeit der BfR infrage zu stellen.

Anstatt sich auf fundierte, wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen, kann es nur als schockierend empfunden werden, dass für Toxikologie-Tests noch immer Tierversuche herangezogen werden, anstatt Tests an menschlichen Zellen und intelligente kombinierte Teststrategien oder ungefährliche Mittel (z. B. Perlargonsäure, ein Wirkstoff aus Rapsöl, der eine ähnliche Wirkung wie Glyphosat hat) anzuwenden. Grausame, schmerzhaft Tierversuche, die durch die REACH-Verordnung für den Schutz der menschlichen Gesundheit und Umwelt sorgen sollen, machen Zulassungen von giftigen, fruchtschädigenden Substanzen möglich, wenn laut BfR „...der Hersteller nachweist, dass es zu seinem Produkt keine ungefährliche Alternative gibt, wenn der sozio-ökonomische Nutzen die Risiken überwiegt...“. So werden Millionen Verbraucher in trügerischer Sicherheit gehalten, die durch Ausnahmegenehmigungen zustande kommt, denen fragwürdige und offenbar auch manipulierte Tierversuche zugrunde liegen.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert eine EU-weite, unabhängige Kontrollbehörde für die Zulassung von Pestiziden und die Abschaffung der REACH-Verordnung.

(Trophäen)jagd und Wilderei

Tierschutz bezüglich Wilderei ist ein dringendes Thema von globaler Bedeutung. Dieses skrupellose Vorgehen hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Tierwelt und die Ökosysteme weltweit. Eine der besorgniserregendsten Konsequenzen der Wilderei sind der Rückgang und das Aussterben von Tierarten. Viele Wildtierpopulationen sind bereits stark dezimiert, und einige Arten stehen kurz vor der Ausrottung. Die Verluste an biologischer Vielfalt sind nicht nur bedauerlich, sondern auch alarmierend, da sie das fragile Gleichgewicht der Ökosysteme stören und langfristig auch die Menschheit beeinflussen. Um dem Problem der Wilderei entgegenzuwirken, sind internationale Anstrengungen von entscheidender Bedeutung. Regierungen, Naturschutzorganisationen und die Zivilgesellschaft müssen zusammenarbeiten, um den illegalen Handel von Wildtieren zu bekämpfen.

Wir fordern daher strengere Gesetze und Strafen für Wilderei, eine verstärkte Überwachung von Wildtiergebieten und den Ausbau von Schutzzonen. Eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Auswirkungen unseres Verhaltens auf Tiere ist ebenfalls unerlässlich, um eine nachhaltige Veränderung herbeizuführen.

Das Jagen von Trophäen seltener und gefährdeter Tierarten darf nicht länger legal sein oder geduldet werden. Für eine Reihe von Arten gibt es immer noch Ausnahmeregelungen (Jagdtrophäen als persönliches Eigentum). In Deutschland stellt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) auf der Basis von Unbedenklichkeitsgutachten solche Genehmigungen aus. Diese Unbedenklichkeit wird allerdings im Einzelfall nicht geprüft. Deutschland ist weltweit nach den USA zweitgrößter Importeur. 15.000 Säugetiere geschützter Arten werden jährlich in die EU importiert. Es bedarf dringend einer EU-Artenschutzverordnung, angelehnt an das Washingtoner Artenschutzabkommen. Das Argument, dass die Trophäenjagd die Situation der indigenen Bevölkerung verbessere, ist aus der Luft gegriffen. Die Jagdanbieter sind meist aus dem europäischen Raum und selten aus der Region des Geschehens. Sie erwirtschaften laut ProWildlife auf Privatfarmen 92 % der Einnahmen. Es ist menschenverachtend, das Verbot der

Trophäenjagd mit der Fortführung des Kolonialismus zu vergleichen, wenn tatsächlich gegenteilig die Trophäenjagd die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung vernichtet.

Fischerei

Die weltweite Überfischung hat dramatische Ausmaße angenommen. Derzeit wird insbesondere vor den Küsten Europas zwei- bis dreimal mehr gefischt als es für einen nachhaltigen Fischbestand vorauszusetzen wäre. Aber die europäischen Flotten sind in allen Gewässern unterwegs und dezimieren die Fischbestände global. Die Fischereiindustrie Europas ist mit die größte weltweit, weshalb die EU-Gesetzgebung in diesem Bereich besondere Bedeutung hat. Wir fordern ein Ende jeglicher Fischerei, denn sie bedeutet auch für jedes einzelne Lebewesen unvorstellbare Qualen.

Ein weiteres Problem sind die Aquakulturen, also Zuchtvorrichtungen, in denen Millionen von Fischen und anderen Meereslebewesen unter entsetzlichen Bedingungen gehalten werden. Mittlerweile macht Aquakultur 50 % aller verkauften Meerestiere aus. Besonders problematisch ist hierbei, dass für das Futter wiederum Fischmehl aus Wildfischen verwendet wird. Und zwar wird teilweise bis zu fünfmal mehr Wildfisch als Futter gefangen, als Fisch aus Aquakultur verkauft wird. Zudem werden Jungfische für die Aquakultur oft aus der freien Natur gefangen. Aquakulturen tragen also insgesamt massiv zum Fischsterben bei. Und auch die angrenzende Umwelt leidet unter den Exkrementen und den Antibiotika, die – wie in jeder Massentierhaltung üblich – in Unmengen verabreicht werden, damit der Profit maximiert wird. Für die Tiere genauso wie für die Menschen sind solche Antibiotika aber äußerst riskant.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ lehnt Fischerei für jeglichen Zweck und mit jeglicher Methode ab. Es ist brutalste Tierquälerei, die sich durch nichts rechtfertigen lässt. Denn der Mensch kann ohne den Verzehr von Meerestieren leben. Für uns sind es fühlende Individuen, die leider viel zu wenig Empathie auslösen und daher besonders unter menschlichen Grausamkeiten leiden müssen. Hinzu kommt der Aspekt der Zerstörung der

natürlichen Lebensräume, welche zu Ungleichgewichten in der Natur und zu unvorhersehbaren Kipp-Punkten für die Biodiversität und das Klima führt.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert daher als Sofortmaßnahme eine drastische Reduzierung der Fangquoten. Es muss sofort zu Beginn der Legislaturperiode ein Ausstiegsplan aus der Fischerei entwickelt werden, der ein schnellstmögliches Ende jeglicher Ausbeutung von Meerestieren zum Ziel hat. Dies darf sich nicht nur auf europäische Gewässer beschränken. Es muss vielmehr so angelegt sein, dass EU-Mitgliedstaaten auch in außereuropäischen Gewässern sich nicht mehr an Fischerei beteiligen, keine Importe tätigen und auf die internationale Staatengemeinschaft einwirken, die Fischerei deutlich zu reduzieren und mittelfristig zu beenden.

Der sogenannte Beifang macht derzeit unfassbare 25 % aus und betrifft immer wieder geschützte Fischarten. Der erlaubte Anteil an Beifang muss als Sofortmaßnahme auf nahe null heruntergesetzt werden. Grundschieppnetze sind sofort komplett zu verbieten. Die Einfuhr von gefährdeten Fischarten in die EU muss konsequent verboten und unterbunden werden.

Das Budget des Meeres- und Fischereifonds beträgt über 6 Milliarden Euro. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert ein Ende jeglicher Subventionen für Tierqual und Naturzerstörung und eine hundertprozentige Verwendung des Budgets für den Ausstieg aus der Fischerei. Es darf auch nicht länger vorrangig den Mitgliedstaaten überlassen werden, in welcher Weise sie den Fischfang subventionieren, denn es gibt vor Ort kaum politischen Willen für eine Reduzierung der Fischerei, geschweige denn für ein Ende dieser umweltschädlichen Tierqualindustrie.

Tiertransporte

Der Transport von Tieren ist ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Tierindustrie. Auch hier sind in der Praxis finanzielle und wirtschaftliche Aspekte im Umgang mit den Tieren ausschlaggebend, die dazu führen, dass viele erst noch einen langen Weg zurücklegen müssen, ehe sie andernorts

geschlachtet werden. Mit verheerenden Folgen für die Tiere. Ob zu Land per LKW oder zu Wasser per Schiff, für die Tiere bedeutet ein solcher Transport quer durch Europa, nach Übersee und auch bis nach China, einen tage- und wochenlangen Zustand in Angst und Schmerzen. Und mit einem grausamen Schicksal in den Ankunftsändern, in denen die EU keinerlei Einfluss mehr auf die Behandlung der Tiere hat, selbst ihre dürftigen Tierschutzgesetze nicht mehr gelten – obwohl bereits das EuGH-Urteil vom 23.04.2015, Aktenzeichen (Az.) C-424/13 feststellte, dass die Tierschutzpflicht beim Transport nicht an der Unionsgrenze endet. Oft ohne Wasser und mit schlimmen Verletzungen werden die Tiere hierfür auf engstem Raum durch mehrere Länder befördert. Viele überleben diese Tortur nicht – dennoch scheint auch der „Verlust“ einkalkuliert und durch den geringen Kostenaufwand zulasten der Tiere immer noch profitabel. Denn nach wie vor fließen Mengen von Geldern sowohl aus nationalen als auch EU-weiten Haushaltsplänen zur Unterstützung in diese Industrie.

Die aktuelle Gesetzeslage erscheint wie eine Makulatur, aufgrund fehlender Durchsetzung scheint es ihr oftmals an Verbindlichkeit zu mangeln, denn selbst bestehende Regelungen werden umgangen und nicht geahndet. Es finden wenig bis keine Kontrollen statt und wenn, werden oftmals allerlei Gründe gefunden, die die Verstöße legitimieren sollen. Es braucht eine dringende Reform der EU-Tierschutztransportverordnung (EG) Nr. 1/2005, um eine eindeutige und direkt geltende Rechtslage für alle Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. Ein gutes Beispiel ist der Rechtsstreit in Baden-Württemberg um die Kälbertransporte. Der VGH in Mannheim verpflichtete das zuständige Veterinäramt in seinem Urteil vom 06.02.2020, Az. 1 S 3300/19 zur Abfertigung eines Transportes trotz prekärer Bedingungen für die Tiere.

Daher ist es schon lange notwendig, ein klares „JA“ zum Stopp von Tiertransporten in außereuropäische Länder zu erwirken. Zudem muss umgehend dafür Sorge getragen werden, dass auch innerhalb der EU die maximale Transportdauer nicht mehr wahllos überschritten wird und für die gesamte Transportdauer gilt, sodass Pausen und Wechsel nicht mehr herausgerechnet werden dürfen.

Der Handel mit fühlenden Lebewesen darf langfristig keine Zukunft mehr in einem gerechten, nachhaltigen und wirtschaftlich denkenden Europa haben.

Spezies-Mainstreaming/Spezies- und Klima-Mainstreaming

Tierrechte und Klimafragen sind keine Spezialthemen, sondern können in nahezu allen Politikbereichen relevant werden. Wir fordern deshalb ein Spezies- und Klima-Mainstreaming: bei jedem Gesetz müssen dessen Auswirkungen auf Tiere und Klima berücksichtigt werden. Bisher geschieht dies nur in Fällen, wo diese Belange ganz offensichtlich berührt werden - beim Neubau einer Autobahn etwa muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden. Es gibt aber viele Gesetze, deren Folgen für Tiere und Klima nicht so klar auf der Hand liegen. So können im Baurecht oder im Vergaberecht tierliche Interessen berührt sein (zum Beispiel können Nistmöglichkeiten für Vögel oder Querungshilfen für Eichhörnchen bei öffentlichen Gebäuden eingeplant werden oder eben nicht). Im Arbeits- oder Steuerrecht können Regelungen zum Homeoffice Autofahrten vermindern und auf diese Weise Klimarelevanz erlangen. Und insbesondere im Land- und Fortwirtschaftssektor würde das Bewusstsein für die Tier- und Klimaauswirkungen von Gesetzesregelungen durch das Klima- und Spezies-Mainstreaming deutlich stärker ins Bewusstsein rücken.

Tierschutz innerhalb der EU & bei Ländern mit Beitrittsperspektive

Auslandstierschutz ist ein in Deutschland häufig kontrovers diskutiertes Thema. Es ist richtig, dass es in Deutschland bereits eine große Anzahl von Tieren gibt, die in Tierheimen oder Pflegestellen auf ein neues Zuhause warten. Dennoch müssen wir festhalten, dass Tiere in- und außerhalb der Europäischen Union oftmals in weiten Teilen der Bevölkerung nicht als

fühlende Lebewesen gesehen werden. Dies führt in diesen Staaten dazu, dass viele Straßentiere unmittelbar vom Tode bedroht sind. Tierfängerinnen sammeln dort Tiere ein, die, wenn sie nicht innerhalb einer „Schonfrist“ von einigen Wochen abgeholt oder vermittelt werden, einfach getötet werden. In einigen anderen Ländern gibt es teilweise gar keine Tierheime. Unerwünschte Hunde (und andere Tiere) werden erschlagen, vergiftet oder man entledigt sich ihrer auf tierschutzwidriger Art und Weise. Tierschutz hört für unsere Partei nicht an der Grenze auf!

Gerade nach dem Heimtier-Hoch während der Corona-Pandemie und der kurz darauffolgenden Abgabewelle vieler unüberlegt angeschaffter Tiere sitzen viele dieser Hunde und Katzen immer noch in Tierheimen und das oft sehr lange. Diese werden häufig abgegeben, weil sie aus Sicht ihrer ehemaligen Halterinnen „nicht funktionieren“. Sie sind zu diesem Zeitpunkt oft schlecht mit Artgenossen sozialisiert, haben selten eine Hundeschule besucht, befinden sich im Flegelalter oder wurden aufgrund schwerwiegender Krankheiten und daraus resultierender hoher Behandlungskosten abgegeben. Das sind alles Gründe, die eine Vermittlung schwierig machen. Aus diesen Gründen nehmen viele deutsche Tierheime und Tierschutzvereine gerne auch Hunde aus dem Auslandstierschutz auf, weil diese in der Regel sehr gut vermittelbar sind und Besucherinnen ins Tierheim locken. Auf diese Weise können dann auch schwer vermittelbare Hunde manchmal ein neues Zuhause finden. Diese Haustier-Migration sollte jedoch ausschließlich in Kooperation eingetragener und anerkannter Tierschutzvereine im In- und Ausland durchgeführt werden dürfen und immer Teil von Kastrations-, Bildungs- und Aufklärungskampagnen im Ursprungsland sein. Unseriöse Organisationen kaufen häufig Auslandstiere auf und verkaufen sie dann an Tierversuchseinrichtungen. Diese Praktiken müssen dringend unterbunden werden.

EU-Institutionen und Entscheidungsträgerinnen sollten innerhalb der EU und auch in Gesprächen mit Staaten, die einen Beitritt erwägen, alle zur Verfügung stehenden Einflussmittel sowie Optionen, welche einen wirtschaftlichen Druck erhöhen, nutzen, um Tierschutzstandards endlich auf ein einheitliches Niveau zu heben. Die letzten noch vorhandenen

Tötungsstationen sind zu schließen sowie dort tätige Tierschutzvereine umfassend finanziell auszustatten.

Beendigung des Tötens in rumänischen Tierheimen und bessere Kontrolle von EU-Steuergeldern

In vielen rumänischen Tierheimen und Tötungsstationen, aber auch in vielen anderen Ländern, werden heimatlose Hunde unter grausamen Bedingungen gehalten und getötet. Dies verstößt nicht nur gegen das Wohl der Tiere, sondern auch gegen EU-Richtlinien und -Verordnungen. Nach dem Unfalltod eines vierjährigen Jungen in Bukarest durch vermeintliche Straßenhunde wurde September 2013 das Gesetz zur Euthanasie der Straßen- und Tierheimhunde vom rumänischen Parlament verabschiedet (Gesetz 258/2013). Das Gesetz erlaubt es, Hunde nach Ablauf von 14 Tagen zu töten. Dies steht im eklatanten Gegensatz zu den klaren Richtlinien und Verordnungen innerhalb der EU zum Tierschutz, die von den Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen.

Rumänische Gemeinden zahlen mittlerweile pro gefangenen Hund zwischen 150 und 300 €, so dass wenig Interesse besteht, diese lukrative und stetig wachsende Einnahmequelle versiegen zu lassen. Die Straßenhundepopulation steigt seit zehn Jahren jedoch stetig an – trotz der Tötungen. Aber auch die Tötungen der Straßenhunde erfolgen oftmals nicht nach Richtlinien, sondern die gängigen Maßnahmen sind Erschlagen, Vergiften, Verbrennen und das Spritzen von Luft in Adern. Viele der Gelder für dieses Millionenbusiness fließen allerdings in die Korruption und andere dunkle Kanäle. Trotz Angebote vieler Tierschutzvereine, öffentliche Shelter zu betreiben, werden diese nie in Betracht gezogen. Die Verträge werden immer wieder an private Reinigungsfirmen vergeben und Klagen über vier Jahre hinweg hinausgezögert.

Es ist entscheidend, sicherzustellen, dass die für Tiermanagement bereitgestellten EU-Gelder gemäß ihrem ursprünglichen Zweck verwendet werden – nämlich für Kastration, Versorgung und Bildungskampagnen.

Artikel 9 der EU-Verordnung (EU) Nr.1307/2013 betont die Zweckbindung der Mittel für die ländliche Entwicklung, zu der auch der Tierschutz gehört. Die Gelder sollten nicht für das Töten, sondern für nachhaltige Lösungen eingesetzt werden.

Dass es anders geht, zeigen zahlreiche positive Beispiele: In Pitesti konnte der Bestand der Straßenhunde im Zeitraum von 2007 bis 2013 durch Kastrationen von 30.000 auf 4.000 reduziert werden. In Odessa konnte beispielsweise der Bestand von Straßenhunden innerhalb von 15 Jahren von 80.000 auf 4.000 reduziert werden.

Unsere Forderungen:

- Bessere Kontrollen sowohl der verpflichtenden Kennzeichnungspflicht mittels Transponder aller Hunde und Registrierung im nationalen RECS-System sowie der Kastrationspflicht
- Einhaltung der EU-Tierschutz-Grundverordnung (EU) 2021/1095 in Rumänien und allen weiteren Ländern innerhalb der EU und mit Beitrittsperspektive, gerade Artikel 5 der Verordnung betont die Bedeutung der Kastration und Sterilisation zur Kontrolle der Tierpopulation
- Umbau der bestehenden Tötungszentren in Kastrationszentren, inklusive umfangreichen Schulungen der Mitarbeitenden
- Bessere Hygienestandards und mehr Kontrollen in allen Einrichtungen sowie die Anschaffung und weitere Finanzierung von Kastrationsmobilen für ländliche Gegenden
- Einrichtung von festen Futterstellen und Umsetzung der Pflicht für Halterinnen, Kastrationen vorzunehmen, sowie Bezuschussung durch Kastrationsprogramme

Tierschutz international

Selbst bei uns in Deutschland wird der Tierschutz bislang politisch und juristisch nur halbherzig durchgesetzt. Gerade in der sogenannten Nutztierhaltung gibt es noch viele Handlungsfelder auf dem Weg zu der von

uns geforderten bio-veganen Landwirtschaft. Doch speziell im Bereich der Haustiere besteht bei uns und vielen unserer europäischen Nachbarländer ein relativ breiter gesellschaftlicher Konsens, dass Tiere Gefühle haben, gar zur Familie gehören und dass ihnen nicht ohne Not Schaden zugefügt werden darf. Dieser Konsens sollte zu einer stärkeren Einflussnahme der Europäischen Union auch in anderen Ländern und weltweit führen.

Auch in der Schweiz ist es erlaubt, Haustiere wie Hunde und Katzen für den Eigenbedarf zu schlachten und zu essen, und nur der Handel ist dort verboten. In den Schweizer Kantonen Bern, Luzern und Jura war Katzenfleisch und Fleisch von sogenannten Masthunden lange Zeit ein traditionelles Weihnachtsgericht unter der ländlichen Bevölkerung. Laut Aussage von Tierschutzorganisationen gibt es 100 bis 200 regelmäßige Konsumentinnen. Die Dunkelziffer ist vermutlich aber sehr viel höher. In Deutschland ist es ebenfalls nicht verboten, Hunde- und Katzenfleisch zu essen. Das hier geltende Schlacht- und Einfuhrverbot macht einen Konsum jedoch praktisch unmöglich.

Wir setzen uns an dieser Stelle für ein europaweites Verzeherverbot von Hunde- und Katzenfleisch und einen stärkeren europäischen Druck auf Länder außerhalb der EU ein, diesem Beispiel zu folgen.

Tierschutz als 18. SDG

Die Vereinten Nationen (UN) verabschiedeten im Jahr 2015 die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung. Sie bezieht sich im Wesentlichen auf 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals oder kurz: SDGs. Mit den SDGs wird eine nachhaltige Entwicklung betrachtet, die auf alle relevanten Dimensionen (Ökonomie, Ökologie und Soziales) und Ebenen (national, regional und lokal) ausgerichtet ist. Dazu dienen Ziele wie "Kein Hunger", "Weniger Ungleichheit" oder "Nachhaltige/r Konsum und Produktion".

Die SDGs sollen dabei weltweit Staaten, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen Orientierung für die Bewältigung der globalen Herausforderungen geben, vor denen die Staatengemeinschaft

steht. Es geht primär darum, überall und für alle die natürlichen Lebensgrundlagen und unsere Erde besser zu schützen und generationsübergreifend die Chancen der Menschen auf ein Leben in Würde und Wohlstand zu wahren. Auf politischer Ebene stellen die Sustainable Development Goals den Handlungsrahmen für die Politik dar. So berichten jährlich Regierungsdelegationen vor dem High Level Political Forum der UN über die Fortschritte. In Deutschland gibt es seit 2016 die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die sich an den 17 Zielen orientiert, ebenso haben die meisten Bundesländer ihre eigene Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Zudem richten immer mehr Kommunen ihren Handlungsrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung an den 17 Zielen aus und brechen diese auf die lokale Ebene herunter.

Einen Schutz von Tieren vor Ausbeutung, Leiden oder gar Ausrottung sucht man in den globalen Zielen jedoch vergeblich. Das komplette Thema Tierschutz bzw. Tierrechte ist höchstens indirekt in den Punkten “Leben unter Wasser” und “Leben an Land” als Ziele zu finden. Wir fordern hier eine europäische Initiative, den Schutz der Tiere als eigenes 18. SDG aufzunehmen.

Tierversuche

Zweimal bereits wandten sich über eine Million EU-Bürgerinnen und Bürger an die EU-Institutionen, um Tierversuche aus der Wissenschaft und der EU-Gesetzgebung zu verbannen. Am 2. November 2013 schloss die EU-Petition „Stop Vivisection“ mit 1,173 Millionen Stimmen, um Tierversuche für Kosmetika zu beenden. In den zehn Jahren seit diesem tatsächlich offiziell geltenden Bann jedoch wurde die Richtlinie aufgeweicht, was 2022 zu einer weiteren europäischen Bürgerinitiative führte: „Save Cruelty Free Cosmetics“ schloss mit 1,2 Millionen Stimmen. Enttäuschend bleibt der neueste Entschluss der EU-Kommission: Es soll ein EU-weiter Ausstiegsplan aus Tierversuchen zwar initiiert werden, der auch Industrieprodukte, Biozide und Arzneimittel umfasst. Schrittweise soll der Missbrauch von Tieren für Forschung und Lehre reduziert werden. Die verlangte Durchsetzung des Verbotes von Tierversuchen für

Kosmetikprodukte wird jedoch ignoriert, und die tatsächliche Änderung der europäischen Chemikalien-Verordnung („REACH“) ist nicht in Sicht.

Von über 8,5 Millionen Tieren im Jahr 2019 bis zu den erst jetzt veröffentlichten „nur“ 7,9 Millionen empfindungsfähigen Lebewesen im Jahr 2020 fand innerhalb der EU ein kaum erwähnenswerter Rückgang statt. 2021 waren es über 5,5 Millionen, alleine in Deutschland! Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Anzahl gequälter und getöteter oder als unbrauchbar entsorgter Tiere nicht nur reduziert, sondern dass dieser sinnlose Missbrauch komplett eingestellt wird und dafür keinerlei Subventionen mehr gezahlt werden. Ausschließlich moderne, tierfreie Verfahren sollen stattdessen künftig gefördert werden.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Forschung aus reiner Neugierde an nicht-zustimmungsfähigen Lebewesen, die mit Gefangenschaft, belastenden Eingriffen, Tests und Tötung verbunden ist, europaweit verboten wird. In der Folge muss dann auch das deutsche Grundgesetz mit seinem tierschutzwidrigen Grundsatz der „Freiheit der Forschung“ dahingehend geändert werden.

Artenschutz/Biodiversität

In vielen rumänischen Tierheimen und Tötungsstationen, aber auch in vielen anderen Ländern, werden heimatlose Hunde unter grausamen Bedingungen gehalten und getötet. Dies verstößt nicht nur gegen das Wohl der Tiere, sondern auch gegen EU-Richtlinien und -Verordnungen. Nach dem Unfalltod eines vierjährigen Jungen in Bukarest durch vermeintliche Straßenhunde wurde September 2013 das Gesetz zur Euthanasie der Straßen- und Tierheimhunde vom rumänischen Parlament verabschiedet (Gesetz 258/2013). Das Gesetz erlaubt es, Hunde nach Ablauf von 14 Tagen zu töten. Dies steht im eklatanten Gegensatz zu den klaren Richtlinien und Verordnungen innerhalb der EU zum Tierschutz, die von den Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen.

Rumänische Gemeinden zahlen mittlerweile pro gefangenen Hund zwischen 150 und 300 €, so dass wenig Interesse besteht, diese lukrative

und stetig wachsende Einnahmequelle versiegen zu lassen. Die Straßenhundepopulation steigt seit zehn Jahren jedoch stetig an – trotz der Tötungen. Aber auch die Tötungen der Straßenhunde erfolgen oftmals nicht nach Richtlinien, sondern die gängigen Maßnahmen sind Erschlagen, Vergiften, Verbrennen und das Spritzen von Luft in Adern. Viele der Gelder für dieses Millionenbusiness fließen allerdings in die Korruption und andere dunkle Kanäle. Trotz Angebote vieler Tierschutzvereine, öffentliche Shelter zu betreiben, werden diese nie in Betracht gezogen. Die Verträge werden immer wieder an private Reinigungsfirmen vergeben und Klagen über vier Jahre hinweg hinausgezögert.

Es ist entscheidend, sicherzustellen, dass die für Tiermanagement bereitgestellten EU-Gelder gemäß ihrem ursprünglichen Zweck verwendet werden – nämlich für Kastration, Versorgung und Bildungskampagnen. Artikel 9 der EU-Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 betont die Zweckbindung der Mittel für die ländliche Entwicklung, zu der auch der Tierschutz gehört. Die Gelder sollten nicht für das Töten, sondern für nachhaltige Lösungen eingesetzt werden.

Dass es anders geht, zeigen zahlreiche positive Beispiele: In Pitesti konnte der Bestand der Straßenhunde im Zeitraum von 2007 bis 2013 durch Kastrationen von 30.000 auf 4.000 reduziert werden. In Odessa konnte beispielsweise der Bestand von Straßenhunden innerhalb von 15 Jahren von 80.000 auf 4.000 reduziert werden.

Unsere Forderungen:

- Bessere Kontrollen sowohl der verpflichtenden Kennzeichnungspflicht mittels Transponder aller Hunde und Registrierung im nationalen RECS-System sowie der Kastrationspflicht
- Einhaltung der EU-Tierschutz-Grundverordnung (EU) 2021/1095 in Rumänien und allen weiteren Ländern innerhalb der EU und mit Beitrittsperspektive, gerade Artikel 5 der Verordnung betont die Bedeutung der Kastration und Sterilisation zur Kontrolle der Tierpopulation

- Umbau der bestehenden Tötungszentren in Kastrationszentren, inklusive umfangreichen Schulungen der Mitarbeitenden
- Bessere Hygienestandards und mehr Kontrollen in allen Einrichtungen sowie die Anschaffung und weitere Finanzierung von Kastrationsmobilen für ländliche Gegenden
- Einrichtung von festen Futterstellen und Umsetzung der Pflicht für Halterinnen, Kastrationen vorzunehmen, sowie Bezuschussung durch Kastrationsprogramme

Invasive Tiere – Schonende Populationskontrolle statt Jagd!

Im Naturschutz gelten Tiere, die sich fernab von ihren ursprünglichen Gebieten neue Lebensräume erschließen und dabei unerwünschte Auswirkungen auf heimische Arten, Lebensgemeinschaften oder Biotope ausüben, als “invasiv”.

Sogenannte “invasive” Arten konkurrieren mit einheimischen Arten um Lebensräume und Ressourcen. Dabei haben sie manchmal einen Wettbewerbsvorteil, denn die heimischen Ökosysteme sind nicht an die invasiven Arten angepasst und können ihrer Ausbreitung oftmals nichts entgegensetzen, wodurch ihre Populationen in kurzer Zeit rasant ansteigen können. In den deutschen Medien sind Berichte über die Bejagung von Nutrias, Waschbären sowie Nil- und Kanadagänsen leider alltäglich. Die Problematik “invasiver” Arten ist aus Tierschutzsicht komplex. Zum einen ist es essentiell, den Schutz einheimischer Tierarten und Lebensräume sicherzustellen, da invasive Arten (neutraler Neobiota) die Artenvielfalt verringern und damit zu einem Verlust der Biodiversität beitragen können.

Andererseits verdienen auch diese Arten Schutz und ein Recht auf Leben, vor allem vor dem Hintergrund, dass die meisten Arten durch menschliche Aktivitäten eingeschleppt sind. Die Tiere folgen lediglich ihrer Natur und sind nicht Schuld an ihrer “invasiven” Ausbreitung. Historisch gesehen begleitet die Einwanderung von Arten in neue Gebiete die Menschheit seit vielen Jahrhunderten. Durch die Schifffahrt, Landwirtschaft oder den

Tierhandel wurden und werden immer wieder Tiere in neue Gebiete eingeführt.

Für Europa fordern wir, dass die Jagd auf invasive Tierarten in allen Ländern untersagt wird und an ihre Stelle schonende Methoden der Populationskontrolle ohne Einsatz von Tötungsmethoden eintreten. Gefragt ist eine Kombination aus aktiven und präventiven Maßnahmen.

Eine erfolgversprechende Populationskontrolle ist die Verabreichung von Kontrazeptiva, also Verhütungsmitteln für Wildtiere. Auch muss das Einfangen und Umsiedeln durch Lebendfallen ausgebaut werden. Durch Habitatsmanagement kann man Gebiete weniger attraktiv für unerwünschte Arten gestalten, ohne zu stark in die Landschaft einzugreifen. Diese Maßnahmen lassen sich sowohl für Nutrias als auch für Nil-, Kanada- und Graugans-Populationen anwenden. Eine effektive Methode der Populationskontrolle der Gänse ist zudem das Absammeln oder Austauschen ihrer Eier.

Es gibt eine Menge Möglichkeiten, die Problematik der “invasiven” Arten ohne Tötung anzugehen. Wichtig ist, dass die Vorgehensweisen immer von Bildungs- und Informationskampagnen begleitet werden, um die Öffentlichkeit für die Thematik zu sensibilisieren und die Populationskontrolle noch effektiver zu gestalten.

Massentierhaltung

Die industrielle Tierhaltung sorgt in Europa für vielseitige Probleme. Wir fordern die Abschaffung der Massentierhaltung.

Im Vertrag von Lissabon wurden im Jahr 2009 Tiere als fühlende Lebewesen anerkannt. Doch noch immer widerspricht die tägliche Praxis dieser Anerkennung. Wirtschaftlichkeit und Profit stehen weiterhin vor dem Wohl der Tiere. Heutzutage ist Massentierhaltung in jeder industriellen Tierhaltung vertreten. So werden zum Beispiel auch Fische oder Zuchtbienen in Massen gehalten, gequält und ausgebeutet. Das Leiden

innerhalb der Betriebe ist für die Tiere immens. Immer wieder erhalten sie nicht genügend oder keine ärztliche Versorgung.

Um das Leiden der Tiere zu stoppen und der Erklärung durch den Vertrag von Lissabon endlich gerecht zu werden, muss ein Umstieg zu pflanzlichen Lebensmitteln stattfinden.

Außerdem birgt der Konsum tierlicher Produkte zusätzliche Risiken in sich. Es können vor allem Krankheiten durch den stetigen Konsum tierischer Produkte übertragen und verbreitet werden. Allein in Deutschland sind in 2017 über 700 Tonnen Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung eingesetzt worden. Nicht nur Tiere, sondern auch Menschen leiden in und unter den Bedingungen in der Massentierhaltung. Die Arbeitsbedingungen sind in den Mast- und Schlachtbetrieben oft miserabel. Ein enormer Arbeitsdruck und der schlechte Umgang mit Tieren führen zu enormen psychischen Belastungen der Arbeitnehmerschaft. Viele Arbeitende können nur noch unter Alkoholeinfluss ihre Arbeit erledigen. Den Betroffenen muss durch Förder- und Unterstützungsprogramme der Ausstieg aus der Branche möglich gemacht werden.

Gleichzeitig verursacht die Massentierhaltung enorme Schäden in unserer Umwelt. Die Gülle der Tiere führt zu einer Verseuchung unseres Grundwassers. Gerade der Nitratgehalt ist durch die Abfallprodukte der Tierhaltung oft über den gesetzlichen Grenzwerten.

Die (langen) Transportwege der Tiere führen zusätzlich zu einem hohen CO₂-Ausstoß. Der Herstellungsweg von tierlichen Produkten durchläuft mehrere Betriebsstätten. So liegen Aufzucht-, Mast-, Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe sowie Verkaufsläden oft weit auseinander.

Um die Ernährung der Bevölkerung weiter zu gewährleisten, muss ein Wandel stattfinden. Die Massentierhaltung schadet nicht nur Tier, Mensch und Umwelt, sondern sorgt auch für Ressourcenverschwendung. Für tierische Produkte werden wesentlich mehr Rohstoffe verbraucht als für rein pflanzliche. Der Anbau von Futtermitteln muss umgestellt werden, sodass die gewonnenen Rohstoffe direkt durch den Menschen verzehrt werden

können. Vor allem der Sojaanbau in riesigen Monokulturen in Südamerikas Regenwäldern zeigt, wie problematisch die Massentierhaltung geworden ist.

Für einen erfolgreichen Umstieg muss die Forschung, Entwicklung und Herstellung von gesunden alternativen pflanzlichen “Fleisch”-Produkten gefördert werden, wodurch die Branche wachsen und den aus der Tierhaltung scheidenden Arbeitenden neue Arbeitsplätze bieten kann.

Bis der Umstieg stattfinden kann, müssen mehr und strengere Kontrollen in den Tierhaltungsbetrieben vorgenommen werden. Für alle EU-Mitgliedstaaten soll eine stetige Videoaufnahme innerhalb der Betriebe verpflichtend sein, um jederzeit das Wohl der Tiere begutachten zu können. Stallplätze und der Bewegungsfreiraum der Tiere müssen um ein Vielfaches vergrößert werden. Auch Brandschutzvorgaben, die Katastrophen wie in Alt Tellin hätten verhindern können, müssen europaweit gesetzlich vorgeschrieben werden. Die Tiere müssen mit dem geringsten Leidensweg getötet werden. Es muss mehr in pflanzliche Alternativen investiert werden. Arbeitende müssen umgeschult werden, Subventionen umverteilt werden. Es muss Aufklärung in der Bevölkerung betrieben und irreführende Werbung verboten werden.

Tierrechte auf europäischer Ebene

Es gibt inzwischen sehr viele europäische Richtlinien und zum Teil sogar Verordnungen, die sich auf den Schutz und die Haltung von Tieren beziehen. Warum also neben dem Tierschutz noch Tierrechte? Diese Vorgaben beruhen auf Artikel 13 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem die Tiere sogar explizit als ‚fühlende Wesen‘ genannt sind: „...tragen die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung ...“.

Trotzdem ist es immer notwendig, dass europäische Richtlinien in nationalen Gesetzen ihre Umsetzung finden, wie beispielsweise die Richtlinie 98/58 der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Juli 1998. Diese hat keinen direkt wirkenden Status innerhalb der Mitgliedstaaten. Hinzu kommt, dass einige gesetzliche Regelungen auf europäischer Ebene

strengere nationale Gesetzgebungen sogar verhindern, da diese dann gegen europäisches Recht verstoßen würden. Oftmals beziehen sich die Gründe dann auf wirtschaftliche Aspekte, wie beispielsweise wettbewerbliche Nachteile für einzelne Unternehmen. Dadurch entsteht nach wie vor viel Tierleid, welches sich durch sämtliche Bereiche zieht (Tierversuche, Tiere als Lebensmittel, Tiertransporte, Trophäenjagd und viele mehr). Denn nicht nur, dass die Richtlinien allein schon im Hinblick auf Tierschutz noch viel Spielraum zur Ausbeutung der Tiere lassen, sondern auch deren Umsetzung in den einzelnen Ländern ist oftmals noch weniger im Sinne der Tiere.

Und auch die Verordnungen, die es gibt und die mit Ihrem direkt wirkenden Charakter leichter von den Mitgliedstaaten einzufordern sind, sind bei weitem nicht ausreichend, um tatsächlich Tierqual zu verhindern (mehr hierzu unter den anderen Kapiteln des Wahlprogramms bspw. zu den Tiertransporten).

Um hier grundlegend etwas zu verändern, müssen wir die Betrachtungsweise vollständig überdenken. Denn es darf grundsätzlich kein Leid der Tiere mehr gegen wirtschaftliche Interessen ausgespielt werden. Um das zu erreichen, müssen wir auch auf europäischer Ebene den Schritt vom Tierschutz hin zu Tierrechten gehen. Hierzu müsste der Vertrag über die Europäische Union überarbeitet und entsprechend erweitert werden. Da dies nur durch einen Konvent der Staats- und Regierungschef der Mitgliedstaaten zur Überarbeitung der Verträge der EU erfolgen kann, ist es umso wichtiger, dass ein starkes Zeichen von Seiten des Europäischen Parlaments an alle Mitgliedstaaten gesendet wird! Für diese zentrale Änderung braucht es die Zusammenarbeit auf EU- und Länderebene. Bisher gab es hierfür wenig bis keine Sprecherinnen. Aber diese Veränderungen sind möglich und werden ihre Auswirkungen in allen Ländern der Europäischen Union sichtbar und für die Tiere spürbar machen. Es ist an der Zeit, diese Stimme auf EU-Ebene zu bringen.

Tierqual aus Tradition: Stierkampf, Gänsestopfleber und Co.

Der Stierkampf ist eine Praxis, die jeglicher Vorstellung von Mitgefühl, Empathie und Respekt für das Leben widerspricht. Ein ahnungsloses Tier muss für das Vergnügen und für die Unterhaltung von Menschen leiden und sterben. In einer fortschrittlichen Gesellschaft, die den Tierschutz und das Wohlergehen von Lebewesen schätzt, hat der Stierkampf keinen Platz mehr. Öffentliche Gelder und Subventionen dürfen nicht länger für die Förderung von Stierkampfveranstaltungen verwendet werden. Glücklicherweise gibt es Länder und Regionen, die den Stierkampf bereits verboten haben oder sich aktiv für ein Verbot einsetzen. Öffentliche Gelder und Subventionen dürfen nicht länger für die Förderung von Stierkampfveranstaltungen verwendet werden.

Tierqual zeigt sich aber auch auf europäischen Tellern: Erst 2022 wurde vom EU-Parlament ein Bericht an die EU-Kommission angenommen, der die Herstellung von Stopfleber, sogenanntem Foie gras, als nicht tierschutzwidrig einstuft. Bei der Stopfleberproduktion werden Gänse und teilweise auch Enten zwangsgefüttert, um eine krankhaft vergrößerte Leber zu erzeugen, die als Delikatesse gilt. Dazu wird ihnen mit einem Rohr Futterbrei direkt in den Magen gepumpt. Die Zwangsfütterung fügt ihnen große Schmerzen und Leiden zu, viele versterben bereits durch dabei erlittene Verletzungen in der Speiseröhre. Die Tiere werden zudem häufig in engen Ställen oder Einzelkäfigen gehalten, in denen sie sich nicht bewegen können, um sie besser fangen zu können. Zudem erleiden zwangsgefütterte Gänse aufgrund der hohen Futtermenge oft Hitzestress. Die Stopfmast ist bei uns in Deutschland verboten, allerdings ist der Import und Handel sowohl mit Fleisch als auch der Leber aus dieser tierquälerischen Mastform weitererlaubt, sodass sich immer wieder Restaurants mit so einem Angebot schmücken. In anderen Mitgliedsstaaten der EU, Frankreich, Bulgarien, Spanien, Belgien und Ungarn, ist sie sogar als Kulturgut geschützt. Wir stehen hier als kurzfristigen Schritt für eine klare Deklaration, sodass sichtbar wird, aus welcher grausamen Haltung diese Produkte stammen und fordern als Folgeschritt ein EU-weites Verbot der "Foie gras"-Produktion.

Aber auch Froschschenkel stehen heute leider noch als vermeintliche Delikatesse auf den Speisekarten von einigen, größtenteils teuren asiatischen oder französischen, Restaurants. Jährlich werden unzählige Frösche in die EU importiert; sie gilt als Hauptabnehmer. Jedes Jahr auf neue steht Milliarden Fröschen ein Lebendtransport von Asien nach Europa bevor: Über Tausende Kilometer müssen sie in engen, dunklen Kisten in kaltem, salzigem Wasser ausharren. Von mehr als 5000 bekannten Amphibienarten, zu der Frösche und Kröten gehören, gelten bereits 32 Prozent als in ihrem Bestand bedroht. Neben der Klimakrise gilt die Jagd dafür als eine der Hauptursachen. Wir stehen hier für ein komplettes europäisches Importverbot dieser Tiere und Förderprogramme, um aus den Zuchtfarmen vor Ort Auswilderungsstationen zu machen.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass diese grausame Praxis und vermeintlichen "Delikatessen" endlich der Vergangenheit angehört und wir eine Welt schaffen, in der Tiere mit Respekt und Würde behandelt werden.

Tiere in der Unterhaltungsindustrie

Delfinarien und Wildtierhaltung in Zoos können den natürlichen Lebensraum der Tiere gefährden und zur Dezimierung wilder Populationen beitragen. Diese begrenzten Lebensbedingungen schränken natürliche Verhaltensweisen, wie ausgedehntes Schwimmen und Jagen, ein und führen zu Stress und Verhaltensstörungen. Tiere in Gefangenschaft zeigen häufig Verhaltensstörungen, da sie nicht in der Lage sind, ihre eigentlichen Verhaltensweisen, wie ausgedehntes Schwimmen, auszuleben. Diese begrenzten Lebensbedingungen führen zu Stress.

Delfine und viele andere Wildtiere haben komplexe physiologische und psychologische Bedürfnisse, die in Gefangenschaft nicht erfüllt werden. Die künstlichen Umgebungen von Delfinarien, Aquarien und Wildgehegen können nicht die natürlichen Bedingungen des Ozeans oder anderer natürlicher Lebensräume nachbilden. Dies führt zu gesundheitlichen Problemen, da Tiere nicht die Möglichkeit haben, natürliche Verhaltensmuster auszuleben. Es werden Tiere in Zooanlagen gehalten, die

nicht den klimatischen Erfordernissen oder natürlichen Lebensräumen der Tiere entsprechen.

Es wird oft ein verzerrtes Bild von Wildtieren vermittelt, das nicht der Realität entspricht. So werden Vorstellungen gefördert, dass diese Tiere glücklich und gesund in Gefangenschaft leben, was die Notwendigkeit des Schutzes ihrer natürlichen Lebensräume und die Ablehnung von Tierhaltung infrage stellt. In Gefangenschaft sind Wild- und Meerestiere anfällig für Krankheiten und Verletzungen. Die Nähe zu anderen Tieren und das begrenzte Wasser führen zu einer erhöhten Ansteckungsgefahr.

Wir setzen uns europaweit für bessere Wege ein, Menschen über Tiere aufzuklären und zu begeistern, wie beispielsweise Dokumentarfilme oder virtuelle Erfahrungen. Anstatt Tiere in Zoos, Delfinarien und Aquarien zu halten, könnten Ressourcen in den Schutz und die Rehabilitation von verletzten oder bedrohten Wild- und Meerestieren investiert werden. Auch die Schaffung von Wild- und Meeresschutzgebieten würden dazu beitragen, die natürlichen Lebensräume zu erhalten und zu schützen. Zoos können natürliche Lebensräume niemals darstellen und wir haben nicht das Recht, Tiere für unsere Unterhaltung einzusperren.

Zudem treten wir für ein EU-weites Verbot von Wildtieren in Zirkussen ein, um das Leiden der Tiere zu beenden. Eine in mehreren EU-Ländern durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass 68 Prozent der Europäerinnen diese Ansicht teilen. Aktuell lassen nur wenige Länder der EU Wildtiere im Zirkus noch uneingeschränkt zu. Damit gehört Deutschland zu den traurigen Schlusslichtern im Tierschutz. In 30 Ländern, darunter 24 EU-Mitgliedstaaten, sind bereits bestimmte oder alle Tierarten im Zirkus verboten.

Für ein pelzfreies Europa!

Menschen benötigen keine Pelze, um sich zu wärmen oder zu kleiden. Aber die Tiere benötigen ihren Pelz, um zu leben. Sogenannte Pelztiere werden in winzigen Käfigen in „Pelztierfarmen“ gehalten, fristen dort ein trauriges Dasein und werden dann meistens unfassbar brutal getötet, denn

die Tötungsmethoden orientieren sich daran, das Fell zu schonen: Manchmal mit Strom durch eine Analsonde, oft wird ihnen auch das Fell bei lebendigem Leibe abgezogen. Was viele nicht wissen: Sogenannte Pelztiere sind nicht nur Nerze oder Marder, sondern auch oft Hunde oder Katzen. Und Echtpelz wird oft falsch oder gar nicht als solcher deklariert, sodass viele Verbraucherinnen getäuscht werden. Wir möchten die gesamte Pelzindustrie europaweit verbieten, inkl. Import aus Nicht-EU-Ländern.